Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Integration,
Frauen und Gleichstellung,
Vielfalt und Antidiskriminierung**

37. Sitzung
3. Juli 2025

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.08 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich rufe den Hauptpunkt des Tages auf.

Redaktion: Heidi Mottl, Tel. 2325-1467 bzw. quer 99407-1467

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Muslimfeindlichkeit in Berlin – aktuelle Situation** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0216 IntGleich
b)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1796 **Senatsbeauftragte*n gegen antimuslimischen Rassismus einsetzen**	0171 IntGleich
c)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1797 **Handlungsempfehlungen der Expert*innenkommission Antimuslimischer Rassismus Berlin umsetzen!**	0172 IntGleich BildJugFam BuEuMe(f) InnSichO KultEnDe
d)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/2438 **15. März: Internationaler Tag gegen Islamfeindlichkeit**	0211 IntGleich(f) KultEnDe

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße unsere Anzuhörenden noch mal sehr herzlich und werde sie gleich namentlich begrüßen. Ich möchte aber noch mal einen Hinweis geben: In dem Antrag zu Punkt 3 b ist als Berichtsfrist der 30. November 2024 genannt. Sofern Sie diese Frist ändern, also verlängern, wollen, wovon ich ausgehe, könnten Sie das bitte im Rahmen der Begründung des Antrags mitteilen. Zu Punkt 3 d liegt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung vor. Darin empfiehlt dieser mehrheitlich mit den Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – gegen die AfD-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linken – den Antrag anzunehmen. So weit dazu.

Dann darf ich jetzt die Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge herzlich begrüßen. Ich begrüße ganz herzlich zu Punkt 3 a Frau Rima Hanano, Sie sind hier im Raum. Sie sind von CLAIM gGmbH – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit. Dann darf ich zu den Punkten 3 b bis 3 d Frau Alaleh Shafie-Sabet begrüßen. Sie ist digital zugeschaltet. Sie ist Projektleiterin beim Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg e. V. Ich darf herzlich, auch hier im Raum, Dr. Cihan Sinanoğlu begrüßen. Er ist Mitglied der Expert*innenkommission Antimuslimischer Rassismus Berlin. – Ihnen allen herzlich willkommen! Wir haben noch einen Anzuhörenden eingeladen. Das ist Herr Engin Karahan, Mitglied des Beirats der Alhambra Gesellschaft e. V. Er ist auf dem Weg zu uns und wird hoffentlich jeden Moment reinkommen, sein Zug hat sich leider verspätet.

Ich gehe davon aus, dass Sie, liebe Ausschussmitglieder, ein Wortprotokoll möchten. – Sie nicken zustimmend, dann wird das so entsprechend festgehalten. Für die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a und des Antrags zu Punkt 3 d der Tagesordnung durch die Fraktionen der CDU und/oder der SPD darf ich das Wort an Herrn Dr. Nas geben. – Bitte sehr!

Dr. Ersin Nas (CDU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich danke Ihnen! – Muslimfeindlichkeit in Berlin und überall ist leider ein wichtiges Phänomen. Es beginnt mit der verbalen Diskriminierung bis zur körperlichen Attacke und geht so weit, dass Menschen wegen ihrer Religion, wegen ihres Glaubens getötet, umgebracht werden. Wir haben uns bereits im Koalitionsvertrag mit diesem Phänomen auseinandergesetzt. Wir haben diesem Thema ein eigenständiges Kapitel gewidmet. Wir haben das Thema umschrieben, wir haben auch gesagt, was man dagegen unternehmen kann. Wir werden gleich noch mal die Zahlen hören, die es in Deutschland, aber insbesondere in unserer Stadt Berlin gibt. Daher ist es uns wichtig, dass wir uns heute intensiv mit dem Thema auseinandersetzen. Was ist es? Wie wirkt sich das aus? Welche Zahlen haben wir? Wie denken die Betroffenen? Wie gehen die Betroffenen damit um?

In diesem Zusammenhang haben wir neben verschiedenen Maßnahmen im Koalitionsvertrag auch eine Maßnahme beschlossen, und ich freue mich, dass wir heute über diese Maßnahme, über diesen Antrag hier abstimmen, nämlich über den 15. März. Wir wissen, der 15. März ist der Tag, an dem Gräueltaten in Neuseeland verübt worden sind. Eine Moschee ist von einem Rechtsextremisten attackiert worden, und mindestens 51 Menschen sind umgebracht worden. Das ist der Tag, der von der UN-Generalversammlung als der Internationale Tag des Kampfes gegen Islamfeindlichkeit ausgerufen worden ist. Wir möchten, dass auch in Berlin dieser Tag entsprechend gewürdigt wird, weil wir der Meinung sind, in dieser Stadt darf kein Mensch wegen seines Glaubens oder auch seines Nichtglaubens diskriminiert werden, ob er des jüdischen, christlichen oder muslimischen Glaubens ist oder ob er nicht glaubt. Allein deswegen dürfen Menschen nicht benachteiligt, nicht diskriminiert werden. Ich freue mich, dass wir heute mit Ihnen, liebe Expertinnen und Experten, dieses Thema noch mal beleuchten und unseren Antrag heute hier beraten können. Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen. Danke, dass Sie da sind!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich für die Begründung des Änderungsantrags zu Punkt 3 d der Tagesordnung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, welcher Ihnen auch als Tischvorlage vorliegt – – Ich wollte eigentlich der Grünenfraktion das Wort geben, aber ich glaube, Sie wollen den Antrag zusammen stellen. Das habe ich gut gedeutet. Frau Eralp möchte das noch mal verbal kundtun. – Bitte sehr, Sie haben das Wort!

Elif Eralp (LINKE): Ich wollte nur sagen, dass wegen technischer Probleme das nicht funktioniert hat, aber wir bringen den Antrag gemeinsam mit den Grünen ein und sind sehr dankbar für diese Initiative. Mir wurde gesagt, dass es möglich ist, es nachträglich zu korrigieren, dass der Antrag von beiden Fraktionen gemeinsam eingebracht wird. Meine Kollegin macht dann die Einbringung und die Begründung. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann verfahren wir so, dass das ein gemeinsamer Änderungsantrag von Ihnen ist. Dann darf ich jetzt der Kollegin Frau Bozkurt von den Grünen das Wort

erteilen, um die Anträge zu den Punkten 3 b und 3 c und den Änderungsantrag zu Punkt 3 d zu begründen, richtig? – Bitte sehr!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Danke sehr, Frau Vorsitzende! – Zu Punkt 3 c würde gern meine Kollegin Eralp begründen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles klar!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Ich bedanke mich bei Ihnen, bei den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses dafür, dass wir heute das Thema antimuslimischer Rassismus setzen konnten. Und es ist antimuslimischer Rassismus, darüber werden wir wahrscheinlich heute viel reden. Ich danke den Anzuhörenden, die heute da sind oder noch kommen werden, dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um mit uns Ihre Expertise zu teilen.

Wir als Grünenfraktion haben gemeinsam mit der Fraktion Die Linke zwei beziehungsweise drei Anträge und Änderungsanträge eingebracht. Ich möchte kurz auf den Antrag zum Senatsbeauftragten, zur Senatsbeauftragten gegen antimuslimischen Rassismus eingehen. Was wir vorgestern erlebt haben, ist an Peinlichkeit, Traurigkeit, Schmach kaum zu überbieten, wie das hier im Senat gelaufen ist, nachdem eine Ansprechperson nach so langer Zeit und nach so vielen Rufen aus der Zivilgesellschaft benannt wurde. Wir als Grünenfraktion finden es sehr bedauerlich, dass das so kommen musste, dass es offenbar zuvor keine Einigung im Senat gab beziehungsweise dass es unterschiedliche Aussagen darüber gab, wie das abgelaufen ist oder nicht. Eine Beauftragte, ein Beauftragter ist etwas, was aus der Zivilgesellschaft schon lange gefordert wird, aber eben ein Beauftragter und nicht allein eine Ansprechperson, sondern eine unabhängige Stelle mit Ressourcen, mit Personalstellen und Entscheidungsbefugnis. Eine Ansprechperson, die lediglich als Referent oder Referentin in der Senatsverwaltung angestellt ist, kann diese Aufgabe so nicht erfüllen. Deshalb sind wir ohnehin nicht glücklich darüber, dass man sich auf so eine Schmalspurversion eingelassen hat und nicht von vornherein gesagt hat, dass man eine Beauftragte oder einen Beauftragten in Aussicht stellt.

Wir freuen uns dennoch, dass unser Antrag ein Anstoß war, um diese Gedanken aufzunehmen. Wir danken dem Senat, der Senatorin, dem Staatssekretär dafür, dass sie das aufgenommen haben. Aber das reicht nicht, das ist eben nicht das, was die Zivilgesellschaft, was Menschen, die von antimuslimischem Rassismus betroffen sind, möchten. Das sind übrigens nicht nur Musliminnen und Muslime, das sind Menschen, die als muslimisch gelesen werden, die davon betroffen sind, das sind lauter Menschen, die nicht dem islamischen Glauben angehören, die auch davon betroffen sind. Sie brauchen so eine Beauftragte, so einen Beauftragten, der oder die für ihre Belange ansprechbar ist und sich einbringen kann.

Dann zu unserem Änderungsantrag zu einem Tag gegen Islamfeindlichkeit, das haben wir in der Rederunde im Plenum hinlänglich beraten, das muss ich hier noch mal herausstellen: Die Koalition macht es wieder, sie vermeidet den Blick in den Spiegel. Der 1. Juli ist der Tag des Gedenkens an Marwa El-Sherbini, der Tag gegen antimuslimischen Rassismus, der von der Zivilgesellschaft, von sämtlichen Communitys, die in diesen Bereichen arbeiten und engagiert sind, begangen wird. Es nützt uns nichts, die Debatte dahingehend zu verschieben, dass wir zum einen von Islamfeindlichkeit sprechen und die Form des Rassismus verkennen, der hier zutage tritt, und zum zweiten nach Neuseeland blicken, als gäbe es bei uns keine rassistischen, muslimfeindlichen Übergriffe, Tötungsdelikte und Attentate. Hanau ist – leider – der

beste Beweis dafür, dass es geschieht. Hanau war auch der Grund, weshalb die Expert*innenkommission gegen Antimuslimischen Rassismus einberufen wurde, über deren Handlungsempfehlungen wir heute sprechen werden.

Insofern: Wenn die Koalition es mit dem Kampf gegen Hass gegen Musliminnen und Muslime, gegen muslimisch gelesene Menschen, mit dem Kampf gegen den Rassismus gegen diese Menschen ernst meint, dann muss sie sich zu der eigenen Geschichte, zu der deutschen Geschichte, zur Kontinuität des deutschen Rassismus bekennen und den 1. Juli zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus benennen und nicht einen Tag, der im deutschen Diskurs überhaupt keine Rolle spielt, zum Tag gegen Islamfeindlichkeit machen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich der Kollegin Frau Eralp das Wort für die Begründung des Punktes 3 c geben. – Bitte!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank! – Erst mal schließe ich mich natürlich den Ausführungen meiner Kollegin Frau Bozkurt an. Wir haben alle – das wird auch gleich noch von CLAIM berichtet – die Zahlen gelesen, eine Steigerung von knapp 70 Prozent von antimuslimischen Vorfällen gegenüber dem Vorjahr und auch ein Anstieg bei den Körperverletzungsdelikten und den Vorfällen mit Palästinabezug. Dabei ist davon auszugehen, dass das Dunkelfeld erheblich größer ist, da nicht alle Vorfälle gemeldet werden, was auch an dem stark sinkenden und teilweise gar nicht mehr vorhandenen Vertrauen von Musliminnen und Muslimen, muslimisch und migrantisch gelesenen Personen in staatliche Institutionen liegt. Deswegen ist es an der Zeit, dass sich die staatlichen Institutionen selber hinterfragen.

Es ist aus unserer Sicht auch zentral, dass Beratungs- und Monitoringstrukturen ausgebaut werden – dazu werden wir sicher auch noch viel hören – und dass, um Vertrauen überhaupt zu versuchen wiederherzustellen, sich auch die Verwaltung diskriminierungssensibel und divers aufstellt, indem beispielsweise verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen, spezifisch zu antimuslimischem Rassismus, im gesamten öffentlichen Dienst und vor allem in den Sicherheitsbehörden umgesetzt werden. Vertrauensbildend wäre auch die Umsetzung der Empfehlungen, wozu die verpflichtenden Schulungen, aber auch viele andere Punkte gehören. Diese Empfehlungen liegen seit fast drei Jahren vor. Aus meiner Sicht ist da bisher viel zu wenig passiert. Dazu gehören beispielsweise auch die Beauftragung von Studien zu antimuslimischem Rassismus in Bildungseinrichtungen und die diskriminierungskritische Überprüfung von Rahmenlehrplänen und Schulordnungen. Dazu mussten wir uns von der Bildungsverwaltung anhören, dass das gar nicht notwendig sei, die Schulen würden das schon selber machen. Da frage ich mich dann: Es heißt, die Schulen sind selber in der Verantwortung, da können wir nicht reinregieren. – Bei anderen Dingen, wie beispielsweise dem Verbot oder dem Hinweis, dass an Schulen keine Kufiya getragen werden soll oder bestimmte Konflikte auf die eine oder andere Art und Weise passieren sollten, war es der Bildungsverwaltung durchaus möglich einzugreifen. Wenn es um die Diskriminierungssensibilität geht, gilt das dann auf einmal nicht. Das finde ich auf jeden Fall interessant. Das Thema ist auch Teil der Empfehlungen dieses Expertinnen- und Expertenberichts, weswegen ich das hier erwähnen möchte.

Genauso ist auch Teil dieses Expertinnen- und Expertenberichts, an dem wir uns mit dem gemeinsamen Antrag orientiert haben, beispielsweise die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes und nicht nur eine Minimallösung, die wir jetzt der Presse entnehmen können, die maxi-

mal enttäuschend ist, wo einfach nur das umgesetzt wird, wozu Gerichte den Berliner Senat mit jahrelangen Gerichtsentscheidungen gezwungen haben. Das ist aus unserer Sicht nicht ausreichend.

Auch viele der anderen Themen sind, wie gesagt, nicht umgesetzt. Es soll im Bildungsbereich eine Studie in Auftrag gegeben werden, das hatte ich schon erwähnt. Stattdessen wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die dann geframt wurde: „Konflikte durch religiösen Konformitätsdruck“. Der Bericht sollte in eine andere Richtung gehen. Glücklicherweise hat er dann nicht das hergegeben, was sich manche im Senat gewünscht hätten. Aber das sind alles weiter offene Punkte. Da erwarten wir, dass der Senat endlich eine Gesamtstrategie zum Kampf gegen antimuslimischen Rassismus vorlegt und auch ganz klar die Forderungen der Expert*innenkommission einbezieht, die der Senat selber eingesetzt hat, und zwar zum einen der Vorgängersenat, das waren wir noch unter R2G, aber auch der jetzige Senat hat sie weiter aufrecht erhalten und neu zusammengesetzt. Diese Empfehlungen gelten weiterhin und müssen umgesetzt werden.

Dann finde ich es sehr problematisch, wenn ich sehe, dass bestimmte SPD-Abgeordnete versuchen, Akteurinnen und Akteure, die Renommee und Expertise haben, die seit Jahren hier arbeiten und zu Recht von staatlichen Einrichtungen gefördert werden, angegriffen und in die Nähe von Islamismus gerückt werden. Genauso finde ich es problematisch, wenn die CDU ausgerechnet am Tag gegen Rassismus letztes Jahr im Plenum durch den Vorsitzenden, Herrn Stettner, institutionellen Rassismus leugnet und sagt, so etwas gäbe es nicht, er hätte sich mal eben die Berliner Fälle angeschaut, obwohl es dazu seit Jahren eine eindeutige Studienlage gibt, oder wenn der Abgeordnete von der CDU Husein hier vom politischen Islam redet, wenn das Thema der Sitzung eigentlich antimuslimischer Rassismus ist, oder ein Herr Wegner die Benennung der Ansprechperson versucht zurückzuziehen. Das sind alles Dinge, die aus meiner Sicht nicht gehen. Wir erwarten, dass dieser Bericht, der vorliegt, umgesetzt wird. Deswegen haben wir gemeinsam mit den Grünen diesen Antrag vorgelegt und sind gespannt, wie sich der Senat heute dazu einlässt. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Bevor der Senat eine einleitende Stellungnahme macht, möchte ich ganz gern jetzt auch den dritten Anzuhörenden hier im Raum, Herrn Engin Karahan, herzlich begrüßen. Herzlich willkommen! Sie sind noch nicht dran, Entschuldigung, kommt gleich. – Jetzt hat für eine einleitende Stellungnahme der Staatssekretär Landero das Wort. Er wollte jetzt auf die Begründung reagieren. Danach, dachte ich, mache ich die – – – [Zurufe] – Dann korrigiere ich. Ich bitte um ein bisschen Geduld. Dann bekommt natürlich Orkan Özdemir für die SPD-Fraktion für die Begründung der Einbringung auch noch mal das Wort. Das war eben missverständlich hier vorn angekommen. Pardon! – Bitte!

Orkan Özdemir (SPD): Zum 15. März, weil jetzt mehrere Aussagen zu diesem Antrag von uns getätigt wurden, die ich so nicht stehenlassen kann: Der 15. März wurde von uns nicht als Konkurrenzveranstaltung zum 1. Juli und auch nicht als Ersatz oder so etwas in der Art eingebracht, sondern er wurde eingebracht, weil der 15. März der Internationale Tag ist, der Internationale Tag, an dem die großen Städte dieser Welt dieses Gedenken begehen. Wir haben mit dem 15. März die Absicht, uns international in dieses Gedenken einzureihen. Das ist kein Ersatz für den 1. Juli, und es ist – – [Tuba Bozkurt (GRÜNE): Orkan, was machst du?] – Ich habe Ihnen eben zugehört. Es ist unser Antrag, und deswegen darf ich dazu sprechen. Natürlich, das ist unser Antrag, und dazu darf ich sprechen. Das ist der Grund – ich begründe gera-

de –, warum wir diesen Antrag einbringen. Das möchte ich hier einmal festhalten, und somit möchte ich diesen Antrag auch begründen. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich denke, wir hören uns einfach weiterhin gut zu. Das haben wir bis jetzt gut geübt und machen es auch weiterhin. – Jetzt möchte der Staatssekretär eine einleitende Stellungnahme machen. Danach sind Sie, liebe Anzuhörende, dran. Vielleicht klären Sie untereinander, wer zuerst beginnen möchte, das würde mir die Arbeit hier erleichtern, wobei zuerst CLAIM, Frau Hanano, startet, und danach kommen die anderen. – Bitte!

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich finde es auch wichtig, dass wir uns dem Thema natürlich vor allem in der Sache widmen. Ich glaube – der 1. Juli liegt gerade hinter uns –, dieser schreckliche Mord ist unvergessen. Ich glaube, es gebietet sich, erst mal ein bisschen innezuhalten und daran noch mal zu denken. Deswegen bin ich dem Parlament ausdrücklich dankbar, dass wir heute das wichtige Thema hier an dieser Stelle beraten können. Antimuslimischer Rassismus ist ein ernstes und auch zunehmendes Problem, ein gesellschaftliches Problem in unserer Stadt. Der Berliner Senat hat die Bedeutung dieses Handlungsfelds herausgehoben, auch in den Richtlinien der Regierungspolitik unterstrichen und – das wurde gerade schon deutlich – einige Maßnahmen schon angepackt.

Wir haben laut Meldestelle Report! Berlin des Trägers CLAIM im Jahr 2024 insgesamt 644 dokumentierte antimuslimische Vorfälle, das entspricht einem Anstieg von 68 Prozent im Vergleich zu 2023. Damit kam es durchschnittlich zu fast zwei Vorfällen pro Tag in der Hauptstadt. Im Februar 2021 hat der Berliner Senat die Expert*innenkommission gegen Antimuslimischen Rassismus einberufen. Das ist und bleibt das erste Gremium seiner Art auf Länderebene in Deutschland. Dort – das wurde auch schon gesagt – wurde eine Reihe von Handlungsempfehlungen für verschiedene Politikfelder erarbeitet und dem Senat vorgelegt. Wie planmäßig verabredet, hat die SenASGIVA im Februar 2024 die neue Expert*innenkommission gegen Antimuslimischen Rassismus konstituiert. Die Aufgabe dieser zweiten Kommission besteht darin, die Umsetzung der Empfehlungen der ersten Kommission zu ergänzen und zu aktualisieren und natürlich auch zu evaluieren. Unter Einbeziehung der Ergebnisse der zweiten Expert*innenkommission soll entsprechend der Richtlinien der Regierungspolitik eine ressortübergreifende Handlungsstrategie zu Prävention und Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus entwickelt werden. Ziel ist die Erstellung eines umfassenden Maßnahmenpakets, das Prävention, Sensibilisierung und auch Monitoring kombiniert. Zusammengefasst kann gesagt werden: Berlin engagiert sich wie kein anderes Bundesland gegen antimuslimischen Rassismus.

Der 15. März wurde von der UN-Vollversammlung als Internationaler Tag zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit und Antimuslimischem Rassismus anerkannt. Er entstand als Reaktion – das wurde auch gerade schon gesagt – auf die Attentate auf zwei Moscheen in Christchurch, Neuseeland, wo insgesamt 51 Menschen ermordet wurden. Der Tag steht für Gedenken, Mahnung, globale Solidarität mit Musliminnen und Muslimen, die weltweit von Hass, Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Die öffentliche Anerkennung des 15. März in Berlin ist ein Signal an die Betroffenen: Ihr werdet gesehen. Ihr seid Teil dieser Stadt.

Gleichzeitig halten wir es aber natürlich auch für sinnvoll, einen Bezug zur Lebensrealität von in Deutschland lebenden Betroffenen herzustellen. Deswegen sind wir am 1. Juli immer wieder angehalten, auch hier in Berlin, sei es durch die Veröffentlichung der verschiedenen Zah-

len der Meldestellen, natürlich auch den 19. Februar immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, das wurde gerade hier auch gesagt. An diesem Tag war 2020 der Anschlag in Hanau. Diese Tage markieren sehr einschneidende Erlebnisse für Musliminnen und Muslime und junge Menschen in unserem Land und stehen exemplarisch für die Kontinuität und Bedrohlichkeit von antimuslimischen sowie rassistischen Einstellungen. Die Würdigungen dieser Gedenktage sind nicht in Konkurrenz zueinander zu sehen, sondern es geht um die Betroffenen, die sich ernst genommen fühlen wollen, die gesehen werden wollen, und damit wollen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gedenken fördern.

Ich habe es gesagt: Der Berliner Senat ist besorgt über das Ausmaß von antimuslimischem Rassismus in unserer Stadt, von Muslimfeindlichkeit. Auch der Diskurs dazu bereitet uns Sorgen. Es werden uns Erfahrungsberichte von Betroffenen und empirische Daten zur Verfügung gestellt, es werden Begriffsdefinitionen diskutiert. Wir können gern über das alles und auch über andere Dinge sprechen, aber lassen Sie uns bitte nicht vergessen: Es geht am Ende um die Betroffenen, um die Menschen, die darunter leiden, die nicht selbstbestimmt und gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben. Das sollten wir immer im Hinterkopf haben und uns vergegenwärtigen. Es ist unser gemeinsames Interesse, diesen Menschen ein gleichberechtigtes Leben in Berlin zu ermöglichen. Das ist am Ende auch wichtig für das demokratische Zusammenleben in unserer Stadt.

Darüber hinaus wurde schon mal dargestellt – deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, sehr geehrte Abgeordnete, wie Sie das noch mal eingeordnet haben –, dass wir natürlich auch als SenASGIVA mehrmals angekündigt haben, dass wir uns vorstellen können, eine Ansprechperson zu antimuslimischem Rassismus in Berlin zu haben. Ich habe ein wenig eine andere Einschätzung, was das Thema vielleicht als Einstiegsamt im Gegensatz zu einer Beauftragten angeht. Ich glaube, es ist tatsächlich auch ein gutes Zeichen, wenn wir eine Fachlichkeit reinbekommen, wenn wir jemanden mit Facherfahrung, mit einer großen Expertise ins Rennen schicken. Sie haben es durch die Presseberichterstattung gehört: Wir können uns vorstellen, dass Frau Dr. Yücel Meheroğlu das macht. Sie hat am 1. Juli bei uns in der Verwaltung ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist Mitarbeiterin der Verwaltung bei uns. Sie wird maßgeblich diese Handlungsstrategie, die in den Richtlinien der Regierungspolitik vereinbart ist, mit begleiten. Sie arbeitet sich jetzt gerade ein. Sie kommt bestimmt auch gern mal in den Ausschuss, um sich vorzustellen. Wir haben, wie gesagt, in mehreren Gremiensitzungen seit November 2024 immer wieder bekanntgegeben, dass wir uns diese Position wünschen. Senatorin Kiziltepe und Fraktionschef Saleh haben das wiederholt auch auf verschiedenen zivilgesellschaftlichen Treffen immer wieder dargestellt, beispielsweise bei den Brückenbauer:Innen. Im März haben wir das noch mal angekündigt und haben unserer Ansicht nach geliefert und uns eingesetzt.

Gleichwohl möchte ich ganz offen zugestehen, dass es natürlich unzureichende Informationen und Abstimmungen gab. Dafür übernehme ich ganz persönlich die Verantwortung. Wir sind jetzt aber in sehr guten Gesprächen und drehen noch mal eine Schleife, wie es bei vielen Prozessen immer wieder der Fall ist. Uns ist aber ganz wichtig, einerseits das Thema – so wie Sie es heute auch besprochen haben – vor allem in den Vordergrund zu stellen, aber wir sind uns natürlich auch ganz bewusst – das ist in Abstimmung mit der Senatskanzlei –, dass wir uns auch lösungsorientiert zusammensetzen und uns noch mal zusammenraufen wollen.

Abschließend: Wir haben es damit zu tun, dass wir ein ernst zu nehmendes Phänomen in unserer Stadt haben, denn antimuslimischer Rassismus ist ernst, er ist Realität. Wir sollten ihn

gemeinsam bekämpfen, für ein gleichberechtigtes und sicheres Leben für alle Menschen in der Stadt. Deswegen lassen Sie mich vielleicht noch mal ganz kurz darstellen: Einige Punkte, die jetzt im Rahmen der Presseberichterstattung dargestellt wurden, sind exemplarische Beispiele für antimuslimischen Rassismus. Es ist eine politische Diskussion, wovon es viele in dieser Stadt gibt, aber insbesondere bei diesen Themen schwingt immer noch ein bisschen was mit. Das entnehmen wir dem, und wir sollten das offen benennen. Deswegen können Sie sich sicher sein: Wir stehen an der Seite der Musliminnen und Muslime in dieser Stadt. Wir stehen an der Seite der Zivilgesellschaft, die, wie Sie es gerade dargestellt haben, schon lange Forderungen erhebt. Wir danken ausdrücklich für die Unterstützung bei vielen dieser Themen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind wir jetzt bei den Anzuhörenden. Wir freuen uns, Ihre Stellungnahmen zu hören. Wir haben uns darauf verständigt, dass zu Punkt 3 a Frau Hanano startet. Sie haben gleich das Wort. Vor Ihnen auf dem Boden ist eine Stoppuhr, daran können Sie sich ein bisschen orientieren. Dann haben Sie das Mikrofon. – Bitte sehr!

Rima Hanano (CLAIM gGmbH – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Danke schön! Im Februar 2024 wird eine Frau mit ihrem Kind auf dem Schulweg attackiert. Das Kind wird von einer Flasche am Bein getroffen.

Wieder im Februar ist in einem Berliner Hausflur zu lesen „Fuck Jews and Muslims“ und die Zahl 88, der Code für „Heil Hitler“. Im Juli 2024 wird einer Frau das Kopftuch heruntergerissen, sie wird zu Boden gebracht und mit einem Messer angegriffen. Menschen, die einfach nur einkaufen oder zur Arbeit gehen wollen, werden in Berlin beleidigt, ausgegrenzt, kriminalisiert, schlicht weil sie muslimisch sind oder weil sie so wahrgenommen werden. Diese drei Fälle, die ich Ihnen gerade geschildert habe, stehen wirklich beispielhaft für das, was in Berlin jeden Tag passiert. Das sind Fälle, die wir in der Jahresbilanz 2024 für Berlin dokumentiert haben. Diese Jahresbilanz – ich habe ein paar Exemplare mitgebracht – haben wir vor Kurzem veröffentlicht.

Auch das Jahr 2024 hat leider gezeigt, dass Berlin ein massives Problem mit antimuslimischem Rassismus hat. Fünf Befunde sind in dieser Bilanz zentral. Erstens: Es gibt immer mehr Menschen, die antimuslimischen Rassismus erleben. Die Bilanz zeichnet ein alarmierendes Bild für unsere Stadt. Es wurde gerade schon benannt: 644 dokumentierte antimuslimische Übergriffe und Diskriminierungen im Jahr 2024. Das ist ein Anstieg von mehr als 68 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, im Vorjahr waren es knapp 382 Fälle. Das bedeutet, es ereignen sich fast zwei antimuslimische Vorfälle jeden Tag hier in Berlin. Zweitens: Antimuslimischer Rassismus ist strukturell verortet. Das bedeutet, dass der Rassismus in Berliner Bildungseinrichtungen, in der Arbeitswelt, in der Polizei, in Behörden tief verankert ist. Es geht nicht nur um Vorurteile, es geht um strukturell wirksame Ausschlüsse, Benachteiligungen und Marginalisierungen. Den größten Anteil der dokumentierten Vorfälle in Berlin machen Diskriminierungen aus, beispielsweise in der Schule, bei der Wohnungssuche oder bei der Arbeit, direkt gefolgt von verbalen Angriffen. Fast 35 Prozent der dokumentierten Vorfälle haben sich 2024 im Bildungsbereich ereignet. Auffällig häufig gehen Diskriminierungen nicht mehr nur von Mitschülerinnen und Mitschülern, sondern auch von Lehrkräften aus. Drittens: Besonders betroffen sind Frauen. In zwei Dritteln der dokumentierten Fälle, in denen das Geschlecht bekannt ist, sind es Frauen, die zur Zielscheibe werden, häufig in Begleitung ihrer Kinder. Viertens: Wir beobachten wirklich eine zunehmende Enthemmung und Brutalität und sehen einen direkten Zusammenhang zu den Debatten, die hier in diesem Haus geführt werden, aber auch in den gesellschaftlichen Diskursen. Es wurden 2024 mehr Körperverletzungen dokumentiert, insgesamt 48, fünf davon gefährliche Körperverletzungen. Fünftens: Antimuslimischer Rassismus hat Folgen, und zwar für uns alle. Immer mehr Betroffene haben das Vertrauen in staatliche Institutionen, also auch in die Politik und die Polizei, verloren. Das wird immer wieder von den Beratungsinstitutionen, von den Menschen berichtet. Menschen berichten von Angst, Isolation, dem Gefühl, nicht mehr Teil dieser Gesellschaft zu sein. Sie haben auch das Gefühl, dass ihre Erfahrungen nicht zählen und dass sie nicht ernst genommen werden.

Das hat fatale Konsequenzen für das Zusammenleben und Miteinander in dieser Stadt, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber tatsächlich auch für Sie als Abgeordnete in diesem Haus als Vertreterinnen und Vertreter der Berlinerinnen und Berliner. Ihre Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in Sie steht auch auf dem Spiel. Das kann ich ganz deutlich so sagen. Es gibt wirklich einen massiven Vertrauensverlust, das ist nicht einfach so daher gesagt. Mit dieser Bilanz zeigen wir einen alarmierenden Trend auf, wir müssen aber gleichzeitig davon ausgehen – das betone ich immer wieder –, dass die Dunkelziffer sehr viel höher liegt, weil Fälle nicht gemeldet werden und antimuslimischer Rassismus einfach überhaupt nicht erkannt wird.

Klar ist: Wir sprechen hier nicht von einem Randphänomen, und wir sprechen auch nicht über Einzelfälle, sondern über strukturelle Realitäten. Das zeigen auch die repräsentativen Studien, wie der Berlin Monitor vom DeZIM oder auch der Agentur der Grundrechte der Europäischen Union. Jetzt ist es wichtig, die Versäumnisse im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus aufzuholen. Die Ernennung einer Ansprechperson zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus ist ein sehr wichtiges erstes Signal in die Communitys und an die Menschen, die betroffen sind. Ich appelliere aber wirklich an den Senat, diese Ernennung parteiübergreifend zu unterstützen. Diese Person muss von allen Parteien gestützt werden.

In der Richtlinie zur Regierungspolitik – das wurde auch gerade benannt – hat der Berliner Senat zudem angekündigt, eine ressortübergreifende Handlungsstrategie gegen antimuslimischen Rassismus auf den Weg zu bringen. Hierfür ist es wirklich auch höchste Zeit. Folgende Maßnahmen sind für uns entscheidend: Erstens: Antimuslimische Vorfälle müssen besser erfasst werden, durch die Polizei, aber natürlich auch durch die Zivilgesellschaft. Zweitens: Betroffene brauchen eine spezialisierte Beratung, und diese muss dauerhaft finanziert werden. Drittens: Wir brauchen unabhängige Stellen, an die sich Menschen bei Diskriminierungen wenden können, an Schulen, bei der Polizei, in Behörden, in Verwaltungen. Viertens: Berlin braucht verpflichtende regelmäßige Fortbildungen zu antimuslimischem Rassismus für alle staatlichen und öffentlichen Einrichtungen. Fünftens: Gesetze und Verordnungen müssen überprüft werden, ob sie Menschen diskriminieren. So ist die Anpassung des Neutralitätsgesetzes aus unserer Sicht nicht ausreichend. Das Neutralitätsgesetz muss abgeschafft werden. Sechstens: Wir benötigen Informationsangebote für Betroffene und einen Rechtshilfefonds, damit Betroffene sich wehren können, ohne Angst vor den Kosten zu haben.

Nicht zuletzt noch ein Wort zum 1. Juli und zum 15. März, was hier sehr intensiv diskutiert wird: Der 15. März mag sehr gut gemeint sein, aber nicht zuletzt fordern wir auch ausdrücklich den 1. Juli. Das war der Tag, an dem Marwa El-Sherbini ermordet wurde, aus antimuslimischen Motiven. Der 1. Juli wurde auch international zur Zäsur dafür, welche Folgen antimuslimischer Rassismus haben kann, und er ist auch eine Zäsur für Deutschland. Für betroffene Menschen ist der 1. Juli der Gedenktag, der Tag des Erinnerns, und kein anderer. Wenn es einen Gedenktag geben muss, dann appelliere ich ganz deutlich für den 1. Juli.

Berlin muss zeigen, dass es sich gegen Antisemitismus und gegen jede Form von Rassismus stellt. Der Berliner Senat kann es sich nicht leisten – das sage ich immer wieder in den Anhörungen –, ein Problem zu ignorieren, welches so viele Menschen in dieser Stadt betrifft. Da muss wirklich noch mehr passieren. Es gibt sehr gute Ansätze hier – das haben wir gerade schon gehört –, aber wir müssen jetzt wirklich ein bisschen einen Zahn zulegen. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Hanano, für Ihren Beitrag! – Dann darf ich das Wort jetzt an Herrn Karahan, glaube ich, weitergeben. Sie starten als Nächster, und dann gehen wir weiter. – Bitte!

Engin Karahan (Alhambra Gesellschaft e. V.): Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Herzlichen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, aus der Praxis und über die Herausforderungen und Chancen im Umgang mit Muslimfeindlichkeit zu berichten. Die Initiative selbst, im Berliner Abgeordnetenhaus einen Internationalen Tag gegen Islamfeindlichkeit einzuführen, setzt ein wichtiges Zeichen für die

Sichtbarkeit und gesellschaftliche Sensibilisierung und ist zu begrüßen. Mir persönlich ist das Datum, ehrlich gesagt, relativ egal, denn am Ende ist es entscheidend, dass solchen Signalen konkrete und wirksame Maßnahmen für die Beratung und Unterstützung der Betroffenen folgen. Vor allem brauchen wir Strukturen, die Betroffene nicht nur dokumentieren, sondern sie stärken, ihnen eine echte Teilhabe ermöglichen und sie ermutigen, aktiv und selbstbewusst für ihre Rechte in unserer gemeinsamen Gesellschaft einzutreten.

In meinem Input möchte ich daher den Fokus auf die Frage der Resilienz der Betroffenen legen und zentrale Erfahrungen aus unserer Projektarbeit im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit und Aufbau einer Beratungsstruktur mit Ihnen teilen. Zum einen haben wir eine massive Lücke zwischen Theorie und Praxis und ein Problem mit den – in Anführungsstrichen – Alliierten, denn die vermeintlich natürlichen Alliierten sind keine. Oftmals gehen wir davon aus, dass die betroffenen Muslime, die Diskriminierung ausgesetzt sind, in Moscheegemeinden oder in ihren religiösen Strukturen eine zentrale Rolle für die Resilienz und Unterstützung der Betroffenen finden werden. Unsere Erfahrung zeigt: Das Gegenteil ist der Fall. In zwei Projekten, einem im Bereich Multiplikatorenschulung, einem beim Aufbau einer Beratungsstelle, ließen sich die Moscheegemeinden leider überhaupt nicht als Institution einbinden. Ähnliche Erfahrungen werden auch von anderen Akteuren in dem Feld gemacht. Sie nahmen die Angebote nicht wahr, was die Informationsvermittlung anging, leiteten Informationen nicht an die eigene Basis weiter, und in einer Kurzexpertise unter Imamen und Vorständen zeigte sich zudem auch für uns sehr überraschend: Betroffene wenden sich bei konkreter Diskriminierung weder an den Imam, noch an den Vorstand der Gemeinde.

Wir erleben auch, dass der wissenschaftliche und politische Diskurs die Betroffenen oftmals nicht erreicht. Wir konnten in einer anderen Kurzexpertise zum Beispiel feststellen, dass Betroffene Muslimfeindlichkeit erst dann als solche wahrnehmen, wenn sie tätlich angegriffen werden, also Hate Crime erfahren. Die ganzen Abstufungen davor werden von den Betroffenen oftmals gar nicht wahrgenommen, fast schon als normal hingenommen. Für institutionelle Diskriminierung, etwa bei der Wohnungssuche oder im Beruf, fehlt häufig das Bewusstsein. Es gibt hier ein deutliches Wahrnehmungsgefälle, das meiner Meinung nach auch mit dem Grad der Bildung der Betroffenen korreliert. Viele Betroffene haben zudem weder das Vertrauen in Gemeindestrukturen, noch in Beratungsstellen, insofern, dass ihre Probleme gelöst werden. Gegenüber der Polizei besteht zudem auch noch die weit verbreitete Befürchtung, nicht ernst genommen zu werden.

Diese ganze Verunsicherung führt wiederum dazu, dass das Thema Islamfeindlichkeit für manche Akteure zur identitätsstiftenden Selbstverständlichkeit wird. Sowohl in einigen Moscheegemeinden, die sich in einer Identitätsfalle befinden, als auch bei islamistischen Akteuren hat sich ein neuer fatalistischer Blick auf das Thema Islamfeindlichkeit etabliert. Für sie ist Islamfeindlichkeit keine Erfahrung, gegen die aktiv gekämpft werden muss, sondern eine natürliche Erfahrung im falschen Land. Diskriminierung wird zum identitätsstiftenden Merkmal, sie bestätigt das Narrativ des Nicht-dazu-gehören-Könnens oder -Wollens und rechtfertigt den Rückzug in die eigene Ingroup, in die eigene Wagenburg. Die Erfahrung von Diskriminierung bleibt zwar Unrecht, dient aber vor allem als Ansprachemöglichkeit. So werden Betroffene gezielt an die eigene Community gebunden, statt sie zu ermutigen, für ihre Rechte in der Gesamtgesellschaft einzutreten. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Die Muslimfeindlichkeit wird hier nicht mehr als Herausforderung für die gesellschaftliche Teilhabe gesehen, sondern als Selbstverständlichkeit, die den Rückzug und die Abgrenzung rechtfertigt.

Das ist eine der Folgen, wenn wir es unterlassen, das Thema Muslimfeindlichkeit tatsächlich anzugehen.

Auch bei der Frage: Wie gehen wir mit diesen Fällen um? –, hat sich in den letzten Jahren als gängiges Mittel zur Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit der Aufbau von Safer Spaces etabliert, das sind Räume, in denen sich Betroffene austauschen, ihre Erfahrungen teilen und sich gegenseitig stärken können. Zu Beginn mag dies eine Form von Empowerment schaffen, weil endlich über das Erlebte gesprochen werden kann, aber diese Räume können auch dazu führen, dass sich der Fokus immer stärker auf die Negativerfahrung richtet. Es entsteht eine Art Problemspirale: Es wird viel gesprochen, aber es gibt wenige konkrete Lösungen, die Probleme werden von den Betroffenen als systemisch und unlösbar erlebt. Die individuelle Ebene, die Frage nach persönlicher Resilienz und Selbstwirksamkeit, gerät aus dem Blick.

Die gängige Praxis, Diskriminierungsfälle lediglich zu dokumentieren, um daraus politische Forderungen oder Diskurse zu speisen, greift zu kurz. Für die Betroffenen entsteht nämlich eine Erwartung: Mein Fall wird dokumentiert, vielleicht verändert das etwas. – Doch diese Erwartung wird enttäuscht, wenn auf die Dokumentation keine konkrete Fallbearbeitung folgt. Das Ergebnis: Das Vertrauen in Verwaltung, Politik, aber auch in die eigene Selbstwirksamkeit schwindet. Was unserer Meinung nach fehlt, sind Resilienzwirksamkeit und Fallbearbeitung. Was wir in der Praxis sehen, ist, dass im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit der Fokus zu oft auf die reine Dokumentation von Diskriminierung und Rassismus gesetzt wird. Oft geschieht dies mit dem berechtigten Ziel, diese für politische Forderungen oder die Öffentlichkeit aufzubereiten. Aber für die Betroffenen selbst entsteht dadurch jedoch eine Erwartungshaltung, die meist enttäuscht wird, weil auf die Dokumentation keine konkrete Fallbearbeitung folgt. Das Ergebnis: Nicht nur das Vertrauen in staatliche oder zivilgesellschaftliche Institutionen, sondern auch das Vertrauen in die eigene Selbstwirksamkeit schwindet. Viele Betroffene erleben, dass sie in Statistiken erscheinen, aber keine Veränderung im eigenen Fall und Alltag erreicht wird, eine weitere Ohnmachtserfahrung. Was wir brauchen, ist eine konsequente Fokussierung auf die Stärkung von Resilienz, und zwar auch auf individueller Ebene. Es reicht nicht, die Betroffenen als Opfer zu dokumentieren, sie müssen erleben, dass sie wirksam sind, dass sie konkrete Unterstützung und Lösungen erhalten und nicht nur Teil einer Statistik werden.

Welche Empfehlungen können wir aus der Praxis in diesem Kontext hier einbringen? – Wir sind der Meinung, die Beratungsstrukturen müssen handlungsorientiert arbeiten, entsprechend aber auch ausgeschrieben werden, nicht nur zuhören und dokumentieren, sondern aktiv Fälle begleiten, gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen suchen und unterstützend im Kontakt mit Behörden oder Arbeitgebern agieren. Resilienzförderung bedeutet, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu schaffen, und ist ein wesentlicher Bestandteil in der Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit. Das kann durch Schulungen zur Selbstbehauptung, rechtliche Aufklärung, Empowerment durch konkrete Erfolge geschehen, nicht nur durch den Austausch von Leid.

Wir müssen uns bewusst sein, Moscheegemeinden und religiöse Strukturen sollten als Partner realistisch bewertet werden. Sie sind nämlich nicht automatisch die natürlichen Alliierten von Betroffenen, es braucht neue, niedrigschwellige, kultursensible Strukturen außerhalb der Gemeinden, solange die Gemeinden das nicht anbieten wollen. Safer Spaces müssen auf das Ziel

der Stärkung und Ermutigung ausgerichtet werden. Es sollte nicht nur über Probleme gesprochen werden, sondern gezielt an Lösungen und positiven Narrativen gearbeitet werden.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Karahan, ich unterbreche – –

Engin Karahan (Alhambra Gesellschaft e. V.): Mein Fazit – –

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut. Das Fazit, bitte!

Engin Karahan (Alhambra Gesellschaft e. V.): Die Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit ist mehr als eine Frage des Diskriminierungsschutzes, sie ist unserer Meinung nach eine zentrale Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wenn Diskriminierungserfahrungen von Einzelnen oder Gruppen als natürliche Begleiterscheinung des Lebens in Deutschland akzeptiert werden, und dies sowohl von der Mehrheitsgesellschaft als auch von Teilen der muslimischen Community und islamistischen Akteuren, dann ist die Gefahr groß, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt weiter auflöst. Wir brauchen deshalb Strukturen, die Betroffene nicht nur dokumentieren, sondern stärken, ihnen die Teilhabe ermöglichen und sie ermutigen, aktiv und selbstbewusst für ihre Rechte in unserer gemeinsamen Gesellschaft einzutreten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Auf die Zeit muss ich hier ein bisschen aufpassen. Es ist der Wunsch, dass Sie möglichst in fünf Minuten dieses sehr komplexe, wichtige Thema hier darstellen. Ich weiß, dass das sehr schwierig ist. Ich bitte die Abgeordneten, sich in der Zeit, die sie dann reden, ein bisschen kürzer zu fassen, damit die Anzuhörenden mehr Zeit haben. – Herr Dr. Sinanoğlu, dann haben Sie das Wort, und dann würde ich in den digitalen Raum geben und unserer anderen Anzuhörenden das Wort geben. – Bitte sehr! Auch bei Ihnen ist vorne eine Uhr auf dem Boden. Wenn Sie die im Blick haben, muss ich nicht reingrätschen. – Danke!

Dr. Cihan Sinanoğlu (Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus Berlin): Vielen Dank noch mal für die Einladung und die Möglichkeit, hier zu sprechen! Vieles wurde schon gesagt, deswegen will ich mich hier nicht wiederholen, nur noch mal auf den Tatbestand aufmerksam machen, dass die rassistischen Diskurse, vor allem die antimuslimischen Diskurse, die früher eher am Rand der Gesellschaft zu finden waren, sich zunehmend normalisieren, somit Teil der Mitte geworden sind und bei Weitem nicht nur ein Thema von rechten Rändern. Das heißt, die ausgrenzenden Handlungen, aber auch die Gewalterfahrungen finden Eingang in die öffentlichen Debatten. Das ist eine Gewaltspirale, die wir in den letzten zehn Jahren erleben, die wirklich besorgniserregend ist und die sich hier gerade noch mal in den Zahlen widerspiegelt.

Das heißt, diese Normalisierung hat Folgen. Das sollte uns allen klar sein. Sie verschiebt nicht nur den Rahmen des Sagbaren, sondern auch den des politisch Machbaren. Das sehen wir in unterschiedlichen Gesetzesentwürfen, aber auch in Diskursen, die über Musliminnen und Muslime geführt werden. Wir sehen aber auch, dass die Personen und Gruppen, die Rassismus benennen oder diesen bekämpfen, sich zunehmend Vorwürfen ausgesetzt sehen. Es ist hier etwa von Politisierung, Einseitigkeit oder antimuslimischem Rassismus als Kampfbegriff die Rede. Das ist, wenn man sich die gesellschaftlichen Realitäten anguckt, absurd und negiert jede Art von wissenschaftlicher Evidenz.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass es Daten braucht, und die liefert der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor – ich nehme Sie ganz kurz mit –, der die Frage, ob es strukturellen Rassismus gibt oder nicht, aufklärt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel zu Diskriminierungen im Alltag und in Institutionen: 61 Prozent aller muslimischen Frauen in Deutschland berichten über eine rassistische Abwertung in ihrem Alltag, 38 Prozent von regelmäßigen negativen Erfahrungen, 37 Prozent in staatlichen Behörden. Bei nicht rassistisch markierten Frauen liegt der Wert bei 12 Prozent. Wir sehen hier also einen Riesengap. Ein anderes Beispiel: 19 Prozent aller muslimischen Männer berichten von Benachteiligung durch die Polizei, als Vergleich, es sind 6 Prozent bei Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Was macht diese Erfahrung mit Menschen? – Sie führt zu einem krassen Vertrauensverlust in die Politik. 34 Prozent der muslimischen Befragten geben 2024 an, Politikerinnen und Politiker überhaupt nicht mehr zu vertrauen, 2022 waren es 23 Prozent. Wir sehen hier also einen Anstieg an Vertrauensverlust. Auch in Bezug auf die alte Bundesregierung lässt sich das gleiche Muster beobachten: 2024 vertrauten noch 22 Prozent der Regierung überhaupt nicht, 2022 waren es noch 9 Prozent. Also gibt es auch hier einen krassen Vertrauensverlust. Diskriminierung im Gesundheitssystem, ein Beispiel: 68 Prozent der muslimischen Frauen berichten von schlechter Behandlung im Gesundheitssystem, 39 Prozent der muslimischen Frauen geben an, die Ärztin oder den Arzt zu wechseln, aus Angst vor Diskriminierungserfahrung. Was das im Gesundheitskontext bedeutet, wissen wir: Je mehr wir Diagnosen verzögern, desto mehr bedroht sind die Menschen und ihre Körper. Ein letztes Beispiel, Armut trotz Arbeit: Die Armutsgefährdung ist bei Muslimen besonders hoch. 21 Prozent der muslimischen Männer leben trotz Vollzeitarbeit und trotz hoher Bildung unter der Armutsgrenze, bei nicht rassistisch markierten Männern sind es 5 Prozent. Also auch hier sehen wir krasse Unterschiede der Ungleichheit, die wir unbedingt bekämpfen müssen.

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf die Diskussion um die Berliner Ansprechperson für antimuslimischen Rassismus eingehen. Hier war zu hören, dass dieses Vorhaben nicht über die Fraktionen geteilt wird. Hierzu ist zu sagen, dass es ein fatales Signal ist, das hier ausgesendet wird. Wer sich klar gegen antimuslimischen Rassismus positioniert, wird hier zum Teil leider nicht unterstützt, sondern delegitimiert, die Betroffenen bleiben ohne sichtbaren Schutz zurück. Gleichzeitig – und das ist mein wichtiger Punkt, ich kann hier an Herrn Karahan anschließen – nutzen islamistische Gruppen genau dieses Vakuum. Sie sprechen gezielt junge Menschen an, die Diskriminierung und Ohnmacht erleben. Ihre Botschaft ist: Du gehörst hier nicht dazu. Niemand hört dir zu. Deine Wut ist berechtigt. – Wenn wir ihnen – den jungen Menschen – diese demokratische Ansprechbarkeit entziehen, wenn wir Stellen wie diese blockieren oder abschaffen, überlassen wir sie eben jeden islamistischen Kräften, die genau daraus, aus dieser Radikalisierung, ihre Kraft speisen.

Fazit: Wer Schutz verweigert, stärkt nicht die Demokratie, sondern ihre Gegner. Radikalisierung entsteht nämlich dort, wo Menschen systematisch überhört werden. Geben Sie diesen Personen eine Stimme!

Dann komme ich jetzt zum Schluss. Ich sollte hier vor allen Dingen als Teil der Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus sprechen. Es wurde schon gesagt: Es gab Handlungsempfehlungen, die 2022 erarbeitet wurden. Wir sind der Meinung, dass die Umsetzung überfällig ist. Zu den zentralen Punkten der Umsetzung ganz kurz noch mal drei

Punkte: Verpflichtende Fortbildung zu antimuslimischem Rassismus im gesamten öffentlichen Dienst, insbesondere bei Polizei, Justiz, Verwaltung und Bildung, muss unbedingt umgesetzt werden. Förderung muslimischen Lebens in Kultur, Bildung und Gesellschaft inklusive Empowerment und Gedenkformate, auch das muss umgesetzt werden. Abschaffung des Neutralitätsgesetzes in seiner aktuellen Form, auch im Schulbereich. Um nur einige Beispiele zu nennen, diese wurden schon adressiert. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ganz herzlichen Dank, Dr. Sinanoğlu, für Ihren Beitrag! – Dann darf ich jetzt das Wort an Frau Shafie-Sabet geben. Ich hoffe, ich habe Ihren Namen halbwegs richtig ausgesprochen. Korrigieren Sie mich bitte! – Sie haben jetzt das Wort, bitte!

Alaleh Shafie-Sabet (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin – ADNB – des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg – TBB –) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung! Liebe Mitglieder des Ausschusses! Wir beim ADNB hatten im Jahr 2024 insgesamt 533 Beratungsanfragen, davon betrafen 417 Anfragen rassistische Zuschreibungen. 31,5 Prozent aller Meldungen betrafen antimuslimischen Rassismus, oft im Zusammenhang mit noch weiteren Diskriminierungsmerkmalen. Bei 5 Prozent aller Anfragen ging es direkt um Rassismus aufgrund des Kopftuchs. Das heißt nicht, dass das muslimische Kopftuch in anderen Fällen keine Rolle spielte, aber Vorfälle, wie das gezielte Attackieren, Herunterreißen des Kopftuchs, Beleidigungen, die direkt auf das Kopftuch abzielen, oder Aufforderungen, es abzulegen, fallen hier explizit darunter. Das heißt auch, dass fast ein Drittel aller Fälle des ADNB den antimuslimischen Rassismus betreffen. Die Fälle sind oft intersektional, das heißt, mehrere Diskriminierungsdimensionen sind miteinander verknüpft. Besonders oft betrifft das Frauen, weil sie sichtbar muslimisch sind.

Aufgrund der politischen Lage müssen wir aber davon ausgehen, dass diese Zahl weiter wächst. Wie bei allen anderen Diskriminierungsformen ist die Dunkelziffer hoch, wir bekommen nur die Spitze des Eisbergs mit. Gleichzeitig steigt die Gewaltbereitschaft gegenüber Musliminnen und Muslimen oder muslimisch gelesenen Menschen, siehe, was die Kollegin von CLAIM bereits darstellte. Das dürfen wir nicht hinnehmen. In Deutschland sollen Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft oder Religion diskriminiert werden, aber das ist die ständige Realität. Deshalb braucht es besondere Maßnahmen, wie sie die Expert*innenkommission für antimuslimischen Rassismus vorschlägt. Auch hier unterstützen wir die Forderung, dass der 1. Juli gegen antimuslimischen Rassismus benannt wird.

Besonders sticht in unserer Beratungsarbeit der Bildungsbereich heraus, wo sowohl Schülerinnen und Schüler als auch das Personal beispielsweise wegen des Kopftuchs diskriminiert werden. Ein Fallbeispiel: Eine Schülerin an einem Berliner Oberstufenzentrum befindet sich in der Vorbereitungsphase auf das Abitur, drei Wochen vor den Prüfungen. Sie erhält ein Unterrichtsverbot von der Schule sowie dem zuständigen Senat, weil sie eine Burka trägt. Die Begründung stützt sich auf § 46 Absatz 2 und 3 des Berliner Schulgesetzes. Zudem wird auf die verfassungsrechtlich geschützte Religionsfreiheit verwiesen, die hier laut Schule und Senat durch den staatlichen Erziehungsauftrag, das Neutralitätsgebot und die Wahrung des Schulfriedens eingeschränkt sei. Anderes Fallbeispiel: Eine muslimische Frau, die ein Kopftuch trägt, absolviert eine Weiterbildung zur Kinder- und Jugendtherapeutin. Während ihres Praxiseinsatzes wird sie von der betreuenden Fachkraft diskriminiert. Trotz vergleichbarer Leistungen wie ihre Kollegin, ebenso in der Praxisstelle, aber nicht muslimisch und ohne Kopftuch, erhält sie ein schlechtes Zeugnis, ohne Begründung und ohne vorherige Rückmel-

dung. Die Kollegin bekommt hingegen ein wertschätzendes, detailliertes Zeugnis. Die Ratsuchende hatte bereits während der Praxiszeit bemerkt, dass sie anders behandelt wurde, hat sich jedoch, wie viele Ratsuchende in unserer Beratung, nicht beschwert, sondern gehofft, ein faires Abschlusszeugnis zu erhalten.

Die Schule muss ein Raum für alle sein. Gerade hier braucht es mehr Sensibilisierung, Dialog auf Augenhöhe und Empowerment statt Ausgrenzung und Ausschluss. Wir fordern daher, dass ein effektives und wirksames Antidiskriminierungsbeschwerdesystem für Schule und den Bildungsbereich sowie eine unabhängige Informations- und Beschwerdestelle für Schulen und Kitas, die den Diskriminierungsschutz auch tatsächlich umsetzt, eingeführt werden müssen. Schülerinnen und Schüler müssen einen Raum haben, wo sie über ihre Diskriminierungserfahrung sprechen können, ohne sich vor Maßregelungen oder weiteren Diskriminierungen fürchten zu müssen. Daher muss diese Stelle auch parteiisch sein. Die Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern oder auch beauftragte Beratungsstellen brauchen Handlungssicherheit und müssen wissen, welche Stelle im Berliner Verwaltungssystem für Diskriminierungsbeschwerden zuständig ist und welche Folgen eine solche Beschwerde haben kann. Nur so kann ein effektiver Schutz vor Diskriminierung im Bildungsbereich umgesetzt werden.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich noch mal auf die Diskriminierung in Berliner Behörden legen. Das folgende Beispiel verdeutlicht die Problematik ganz deutlich: Eine Ratsuchende ist Erzieherin und hat ein erweitertes Führungszeugnis bei einem Berliner Bürgeramt beantragt. Beim Termin entschuldigt sich die Ratsuchende bei der Sachbearbeiterin, weil es etwas länger gedauert hat, bis sie das richtige Zimmer gefunden hat. Daraufhin habe die Sachbearbeiterin erwidert: Ich dachte, sie wollen eine Bombe ablassen. – Die ratsuchende Person möchte solche Fälle melden, um darauf aufmerksam zu machen, dass man als Muslime beim Amt so behandelt wird. Dieses Beispiel macht deutlich, dass Berliner Behörden weiterhin für Diskriminierungen sensibilisiert werden müssen.

Das reicht uns aber nicht aus. Wir fordern weitergehend eine Institutionalisierung von Fortbildungen und Schulungen zu antimuslimischem Rassismus in den Ausbildungen, im öffentlichen Dienst sowie des Lehrpersonals im Bildungsbereich. Es geht nicht, dass muslimische und als muslimisch gelesene Menschen aufgrund von Vorurteilen direkt und strukturell ausgeschlossen werden. Das ist entgegen der Grundsätze in Deutschland. Ein häufiges Vorurteil ist, Musliminnen und Muslime würden sich nicht integrieren wollen, auch wenn sie seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland leben oder hier geboren und aufgewachsen sind. Das ist eine rassistische Zuschreibung, wodurch Menschen ausgegrenzt werden. Oft ist es das Gegenteil. Musliminnen und Muslime und als muslimisch gelesene Menschen erfahren eine massive Diskriminierung, mehrmals, und sie werden damit allein gelassen. Wir als Beratungsstelle sind oft die erste offiziell gelesene Stelle, die sie ernst nehmen. Oft wird antimuslimischer Rassismus nicht als Diskriminierung und Würdeverletzung anerkannt. Dagegen muss vorgegangen werden. Eine Maßnahme wäre es beispielsweise, eine Ansprechperson oder Beauftragte für antimuslimischen Rassismus in unterschiedlichen Institutionen des öffentlichen Dienstes einzuführen, wie beim LKA oder in den Berliner Bezirksämtern. Somit fordern wir, dass antimuslimischer Rassismus auch als Querschnittsthema verstanden und ernst genommen wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihren Beitrag! – Dann sind wir jetzt bei den Wortmeldungen der Abgeordneten. Ich habe bisher drei Wortmeldungen hier, von Frau

Bozkurt, Frau Eralp und Herrn Özdemir – jetzt sind es vier – und Herrn Dr. Nas. – Dann hat jetzt Frau Bozkurt die erste Möglichkeit des Beitrags. Ich habe nur eine Bitte an alle: Herr Staatssekretär Herr Landero müsste kurz nach 16 Uhr zu einem anderen Termin und bittet darum, alle Fragen, die an den Senat sind, jetzt gleich zu stellen, damit er noch darauf antworten kann. – Frau Bozkurt, Sie haben das Wort.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank den Anzuhörenden für die vielen Einblicke und die unterschiedlichsten Perspektiven und Punkte, die berücksichtigt werden müssten! Ich möchte mit der Debatte um diesen Tag gegen Islamfeindlichkeit versus den Tag gegen antimuslimischen Rassismus, 15. März versus 1. Juli, beginnen. Als am 1. Juli 2009 Marwa El-Sherbini ermordet wurde – ich möchte das für all diejenigen, die das noch nicht wissen, einmal kurz darlegen –, wurde sie in einem deutschen Gericht erstochen, nachdem sie einen Mann, der sie zuvor rassistisch beleidigt hatte, angezeigt hatte und es zu einem Verfahren kam.

18 Stiche, Marwa El-Sherbini war schwanger, hatte ihr dreijähriges Kind dabei, das sich diese Gräuel ansehen musste. Ihr Mann wurde auch niedergestochen, dann noch von einem Polizisten angeschossen, weil er für den Täter gehalten wurde. So viel Rassismus, so viel antimuslimischer Rassismus, wie er da geschehen ist, ist beispiellos. Das ist in der Tat – Frau Hanano hat es gesagt – eine Zäsur, nicht nur für die deutsche Erzählung, sondern weltweit.

Als das passierte, war ich selbst Studentin in Darmstadt und trug ein Kopftuch. Ich erinnere mich an die Zeit, als ich mich nicht getraut habe, im Bus vorne zu sitzen, weil ich Angst hatte, ob nicht jemand hinter mir sitzt, den ich nicht sehe und der vielleicht irgendetwas plant oder aus dem Affekt macht. Ich erzähle das nur, damit das ein bisschen fassbarer wird. Weil gerade heute keine Abgeordnete mit Kopftuch in unseren Reihen sitzt, erzähle ich von den Erfahrungen, damit greifbar wird, was das für Menschen bedeutet, was diese Zäsur mit Musliminnen und Muslimen, mit muslimisch gelesenen Menschen angerichtet hat.

Jetzt zu sagen, man wolle nicht eine Konkurrenzveranstaltung mit dem 15. März, finde ich, ehrlich gesagt, ein bisschen wie eine Bagatellisierung des Ganzen. Wenn man das nicht möchte, wenn man diesen Tag ernst nimmt und diese Zäsur anerkennt, dann bekennt man sich zum 1. Juli und schafft nicht rein aus symbolischen Gründen zusätzlich einen Tag, der keine Bedeutung hat, der nichts im Leben von muslimischen Menschen verändern wird, denn wir – wir werden in aller Ausführlichkeit darüber reden – sehen, welche Defizite es noch gibt. Wenn Sie dann den Musliminnen und Muslimen das Signal senden, dass für sie immer, zu jeder Zeit, selbst bei den symbolischsten aller Punkte, eine Ungleichbehandlung gilt, eine andere Regel gilt, als sie sonst gilt, dann haben Sie das Ziel, den Rassismus gegen Musliminnen und Muslime bekämpfen zu wollen, einfach nicht ernsthaft vor Augen und werden dem nicht gerecht. Sie können dann noch vorstellen, was Sie sonst alles machen wollen, aber das entspricht einfach nicht der Wahrheit oder der Glaubwürdigkeit, wie sie vonnöten wäre.

Wo wir von Wahrheit und Glaubwürdigkeit sprechen: Den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus – nennen Sie es Muslimfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit – ernst gemeint zu haben, würde bedeuten, dass Sie diese Farce, wie sie gerade mit der Ansprechperson gelaufen ist, so nicht riskiert hätten. Sie haben dem Kampf einen Bärendienst erwiesen. Ich wüsste auch gerne vom Senat, ob und wie er da eine Verantwortung bei sich sieht und welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Dann zu der Sache mit der Ansprechperson, darauf komme ich jetzt noch: Wir hatten zuvor darum gebeten, dass die Ansprechperson eingeladen wird. Kommt sie? – [Zuruf] – Ach so. Gut. Wir möchten anmerken, dass wir uns tatsächlich gefreut haben, obwohl wir die notwendigen Kompetenzen bei Frau Dr. Meheroglu nicht gesehen haben, trotz alledem haben wir uns gefreut, dass sie benannt wurde. Jetzt bedauern wir es sehr, dass sie leider den ganzen Schaden von der Unfähigkeit ihrer Hausleitung trägt.

Dann möchte ich schon mal ein paar Fragen als Reaktion auf Ihre Ausführungen einbringen. Ich habe aber auch detailliertere Fragen, auf die ich noch mal im Einzelnen eingehen möchte. Wie sollen wir den Menschen begegnen, beispielsweise in meinem Wahlkreis, wo ich eine sehr hohe Anzahl von muslimischen oder muslimisch gelesenen Menschen habe, die mich fragen: Warum gilt in meinem Fall immer eine Sonderregel? Warum ist es bei mir, wenn ich von Rassismus rede, ein Zufall, ein Einzelfall? Vielleicht ist es nicht so gemeint. Warum ist es für mich, wenn ich mich da und dort bewerben will, so, dass es für mich Alternativregelungen

gibt? Warum ist es nicht so, dass für mich die gleichen Rechte und die gleichen Regeln gelten wie für andere? – Wie, würden Sie aus Ihrer Arbeit sagen, begegnen wir dem am besten als Antwort? Was sollte eine Antwort sein, die wir Politikerinnen und Politiker diesen Menschen geben?

Wir erleben einen massiven Anstieg an Rückzug und Ausstieg aus der Gesellschaft, aus der gesellschaftlichen Verantwortung, eine Entsolidarisierung, einen zunehmenden Vertrauensverlust von Musliminnen und Muslimen und muslimisch gelesenen Menschen, die nach allem Rassismus, den sie erleben, sagen: Ich kann tun, was ich möchte, ich bin verdächtig. Ich genieße nicht die gleichen Rechte, aber ich habe die gleichen Pflichten. – Was können wir dafür tun, dass wir die Menschen wieder für uns gewinnen? – Herr Sinanoğlu hat davon gesprochen, dass die Gefahr des Extremismus lauert. Was sollten wir als Gesellschaft tun? Welche Bedeutung hat es, diese Menschen auf jeden Fall nicht zu verlieren und sie teilhaben zu lassen, oder anders: ihre Teilhabe zu garantieren, zu sichern? Ich möchte gar nicht erst paternalistisch klingen, denn die Teilhabe steht ihnen zu.

Wir hören immer wieder Zahlen, und das zeigt, wie gravierend das alles ist, aber das ist das Hellfeld. Wie schätzen Sie denn die Chancen ein, dass wir mit diesem Senat oder überhaupt auch mit der Bundesregierung mal zu einer Dunkelfeldstudie kommen? Sehen Sie das als gegeben? Wie notwendig wäre das denn?

Dann sprachen Sie von Delegitimierungsstrategien, Silencingstrategien oder Derailingstrategien – das werden Sie wahrscheinlich auch gleich bei den Wortbeiträgen erleben –, die Verunsicherungen schaffen, die eine Infragestellung von Expertise schaffen, die antimuslimischen Rassismus als Kampfbegriff etablieren möchten, das hatten Sie jetzt auch schon gesagt, Herr Sinanoğlu. Wie sollen wir diesen Strategien begegnen? Was, würden Sie sagen, wären die Möglichkeiten für uns?

Dann möchte ich noch schnell die Fragen an den Senat in Bezug auf die Beauftragtenstelle stellen. Ich hatte gefragt, wo die Ansprechperson Dr. Yücel Meheroğlu ist. Der Senat hat dem Kampf gegen antimuslimischen Rassismus einen Bärendienst geleistet, diesen Punkt hatte ich auch schon gemacht. Ich wüsste wirklich gerne, wo die Antidiskriminierungsverwaltung hier eine Verantwortung sieht und welche Schlüsse sie zieht. Warum setzt sich der Senat nicht für eine unabhängige Beauftragtenstelle mit klar definierten Kompetenzen und einem Budget ein, obwohl alle Expertinnen und Experten genau dies empfehlen? Wie soll das geplante Lagebild über antimuslimischen Rassismus in Polizei und Verfassungsschutz erhoben werden, wenn die Stelle keine Zugriffsrechte, keine Ressourcen und keine Auswertungsbefugnis bekommt? Wie erklärt der Senat die Abweichung von Empfehlungen der Expert*innenkommission, die explizit eine starke institutionelle Verankerung fordern?

Zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen: Nur 1,2 Prozent der Verwaltungen haben bislang antimuslimische Rassismusschulungen durchlaufen. Wann wird der Senat hier verpflichtende Maßnahmen flächendeckend einführen? Ist es vorgesehen, dass das Landesinstitut für Schule und Medien künftig Antimuslimischer-Rassismus-Fortbildungen anbietet, insbesondere zur Rahmenlehrplanentwicklung? Wie stellt der Senat sicher, dass diskriminierende Schulordnungen tatsächlich überprüft und geändert werden?

Zu guter Letzt: Wie bewertet der Senat die Forderungen nach der Abschaffung des Neutralitätsgesetzes angesichts der neuerlichen Entwicklungen? – Wir wissen, dass es auf der Senatstagesordnung ist und dass es eine Vereinbarung der Koalition gab. Ich möchte explizit die Ausführungen von SenASGIVA hören.

Dann noch mal an die Anzuhörenden zu der geplanten Beauftragtenstelle: Welche Mindeststandards braucht es aus Ihrer Perspektive, damit die Beauftragte nicht zur symbolischen Stabsstelle verkommt? Welche Erfahrungen haben Sie mit bestehenden Beschwerde- oder Beratungsstrukturen gesehen? Wo sehen Sie Lücken? Was wären konkrete Kriterien für ein wirkungsvolles Lagebild über antimuslimischen Rassismus in Sicherheitsbehörden?

Wie bewerten Sie den aktuellen Umsetzungsstand der Empfehlungen der Expert*innenkommission? Was wurde bislang nicht oder nur unzureichend umgesetzt? Wie sinnvoll ist die Koppelung der Schulungspflichten an Führungspositionen? Sollte hier nicht eine flächendeckende Verpflichtung gelten? Welche Hebel braucht es, um das Empowerment gerade sichtbar muslimischer Frauen systematisch zu stärken? Letzte Frage: Was bräuchte es, damit Studien wie zur Diskriminierung im Bildungsbereich auch tatsächlich politisches Handeln folgen kann? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Eralp, dann haben Sie das Wort.

Elif Eralp (LINKE): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Auch ich habe noch ein paar Fragen. Es wurde vorhin gesagt, das Datum sei letztendlich nicht so wichtig. Das sehe ich tatsächlich anders. Denn der 1. Juli ist der Tag, der aus den betroffenen Communitys hier in Deutschland gekommen ist. Wir brauchen, wie schon Frau Bozkurt gesagt hat, nicht nach Neuseeland schauen, sondern wir haben hier alles vor der Tür. Wenn Sie sagen, gut, wir machen dann beide Tage, dann sind wir gern dabei, aber solange Sie nicht den Tag, der aus den Communitys gekommen ist und an dem viele Aktionen stattfinden, sondern einfach einen anderen benennen, verstehen wir den Sinn darin nicht und finden das nicht in Ordnung. Denn es gibt sehr viele Dinge, die am 1. Juli passieren. Es wäre doch empfehlenswert, dass Sie das auch senatsseitig unterstützen und die zivilgesellschaftlich engagierten Organisationen, zu denen beispielsweise auch CLAIM und andere gehören, weiter stärken und vor allem auch zu diesem Tag arbeiten. Solange sich das jetzt auf einen anderen Tag konzentriert, als auf den, der aus den Communitys gekommen ist, sehe ich das als problematisch an. Das würden wir auch in jeder anderen betroffenen Community genauso sehen. Es sollte doch um die Tage gehen, die die Communitys selber als wichtig und als Zäsur für sie in ihrem persönlichen Empfinden erachten, wie das auch Frau Bozkurt anhand ihrer eigenen Biografie dargestellt hat.

CLAIM hat eben gerade gesagt, dass die Unterstützung der Ansprechperson von allen Parteien kommen sollte. Deswegen frage ich auch ganz konkret die Parteien, die hier sitzen, also vor allem Sie, die CDU: Unterstützen Sie, dass diese Ansprechperson kommt? Warum wurde sonst von dem CDU-Bürgermeister, Herrn Wegner, hier das Ganze zurückgezogen? Selbst ich wusste, dass am 1. Juli die Ansprechperson benannt wird. Wie kann es sein, dass Sie davon nichts wussten? Es war auch mehrfach hier im Ausschuss Thema, dass das kommen wird. Insofern frage ich mich: Was sind dabei eigentlich Ihre politischen Bedenken?

Ich frage auch den Senat: Wie kam es zu diesem Chaos und zu diesem unwürdigen Theater? Wer hat da fachliche oder politische Bedenken im Senat erhoben? War das Herr Wegner per-

sönlich, wie es in der Presse stand? Welche CDU-Verwaltung war das? Wie war das Verfahren im Senat?

An die Fraktionen: Wie ist eigentlich die Lage bei Ihnen in den Fraktionen? Unterstützen Sie dieses Anliegen oder nicht? Wenn nicht, warum nicht? –, obwohl wir hier gehört haben, wie wichtig es ist.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD möchte ich auch gerne fragen: Wie stehen Sie eigentlich zu dieser Anfrage von Matz und Freier-Winterwerb, die so tituliert ist: Mögliche Verbindungen zwischen der CLAIM-Allianz und dem Netzwerk der Muslimbruderschaft und islamistischer Gruppen. – Das sind wirklich Methoden, wie wir sie von der AfD kennen, die die CDU dann auch noch mit ihrer berühmten 500-Fragen-Anfrage gegen die Zivilgesellschaft auf der Bundesebene übernommen hat, die Herr Merz persönlich unterschrieben hat. Sie können dazu gleich gern etwas sagen, aber das ist ja in der Presse überall nachlesbar gewesen. Die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, die darin erwähnt wurden, haben sich gewehrt. Das ist klassisch eine Art und Weise, zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu diskreditieren. Ich erwarte heute, dass Sie sich davon distanzieren, insbesondere natürlich die SPD, deren Abgeordnete so eine Anfrage hier gestellt haben.

Dann möchte ich noch zu anderen Punkten kommen. Aus meiner Sicht sind es nicht primär die muslimischen Gemeinden, die die Antidiskriminierungsstruktur zur Verfügung zu stellen haben, sondern primär ist es der Staat, der das tun muss. Es ist schlimm, wenn ich dann höre, was Anzuhörende ausgeführt haben, dass man nur noch bei Körperverletzungsdelikten überhaupt Anzeige erstattet, weil die Hemmschwelle so hoch ist, eine Anzeige zu erstatten. Da frage ich mich doch: Was ist denn Ihr Engagement als Senat, auch in Rückkoppelung mit der Innenverwaltung, um diesen Missstand zu verändern? Es wurde gesagt, dass zum Teil ein Rückzug in Communitys erfolgt und dass das problematisch sei, aber da sehe ich die Verantwortung ganz klar beim Staat. Wenn das Vertrauen nicht mehr existiert, weil man sich überhaupt nicht ernst genommen fühlt und keine effektiven Maßnahmen kommen, dann ist auch klar, dass das Vertrauen so nicht mehr herrscht. Sie haben eben die konkrete Fallbearbeitung angesprochen. Ich kann nur sagen, ich habe viele verschiedene Gerichtsprozesse gegen muslimisch gelesene Menschen beziehungsweise solche, bei denen sie Opfer wurden, beobachtet, zuletzt auch die syrische Familie, die vor über zwei Jahren von der Polizei aufgesucht wurde und wo das Gericht die Aussage: Das ist mein Land, und du bist hier nur Gast –, nicht als rassistisch bewertet hatte. Wenn es solche Entscheidungen gibt, ist es doch kein Wunder! Die Familie kam da heraus und meinte zu mir: Ist das Deutschland? Was ist das denn? Wie kann es wahr sein, dass das einfach nicht gesehen wird?

Auf meine Anfrage zur verpflichtenden Fortbildungspflicht für die Justiz und auch für alle anderen öffentlichen Einrichtungen wurde zuletzt angegeben, dass es entbehrlich sei, bei der Richterinnen- und Richterschaft so eine allgemeine Fortbildungspflicht, wie sie beispielsweise in anderen Bundesländern schon existiert, einzuführen. Das ist dann wirklich zynisch, wenn ich mir die Zahlen angucke, wie viele Richterinnen und Richter sich haben fortbilden lassen. „Interkulturelle Kompetenz“ neun Teilnehmende, und ansonsten zu Rassismus gar nichts, „Fachtagung Antisemitismus“ 17 Teilnehmende, „Antisemitismus vor Gericht“ 34 Teilnehmende, „Antisemitismus und Justiz“ 13 Teilnehmende, „Kompetenter Umgang mit Antisemitismus in der justiziellen Arbeit“ 14 Teilnehmende. Auch im Bereich Antisemitismus ist das aus meiner Sicht viel zu wenig, und im Bereich Rassismus keine einzige Teilnah-

me an irgendeiner Schulung. Das ist doch wirklich verrückt! Dann ist es auch kein Wunder, wenn solche Entscheidungen dabei herauskommen und wenn das Vertrauen der Menschen wirklich massiv Schaden nimmt.

Dann meine Frage: Kommt das Neutralitätsgesetz, die Änderungen, ins nächste Plenum, wie angekündigt? – Ich weiß, dass Sie da nicht federführend sind, aber ich gehe mal davon aus, dass Sie informiert sind, ob das in das nächste Plenum reinkommt oder nicht. Wie sehen Sie es aus diskriminierungsrechtlicher Sicht, dass bei Justiz und Polizei und auch in anderen Bereichen weiterhin das Verbot bestehen bleibt? Ich weiß, dass das Bundesverfassungsgericht nicht dazu gezwungen hat, aber es ist natürlich verfassungsrechtlich möglich und verfassungspolitisch geboten, dass das Neutralitätsgesetz komplett abgeschafft wird, damit die Diskriminierung vor allem kopftuchtragender Frauen auch im Bereich der Justiz und der Polizei endlich aufhört und diese Zugangsschranke und eine Form von einem Berufsverbot endlich enden. Was ist Ihre Position dazu?

Dann ist in dem Bericht von CLAIM auch die Frage von antimuslimischem Rassismus und Rassismus mit Palästinabezug angesprochen worden. Welche Projekte oder Studien fördert die Senatsverwaltung zum Thema antipalästinensischer Rassismus? Welche Aktionen oder Maßnahmen nehmen Sie als Senat dazu vor? Wie positionieren Sie sich beispielsweise zu dem Verfahren, das ich eben schon mal angesprochen habe, das die Bildungsverwaltung damals angestoßen hat, mit Fragen von Kufiya-Verbot, wie auf Konflikte in Schulen reagiert wurde, was auch SPD-Politiker kritisiert haben? Was ist Ihre diskriminierungsrechtliche Bewertung zu diesen Vorfällen? Wurde das im Senat oder in irgendeiner Stelle aufgearbeitet und behandelt?

Die Aufnahme von antimuslimischem Rassismus in die Berliner Rahmenlehrpläne wurde eben schon angesprochen. Insofern schließe ich mich dazu den Fragen von Frau Bozkurt an.

Dann meine Frage zur Bundesratsinitiative: Es ist auch Teil der Empfehlungen der Expert*innenkommission, dass das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verändert werden soll, insbesondere § 19 Absatz 3. Gibt es dazu irgendwelche Initiativen von Ihnen? – Beim Landeskriminalamt soll eine Ansprechperson für antimuslimischen Rassismus eingesetzt werden. Diese gibt es, wie ich weiß. Welche Befugnisse hat diese Person? Was tut diese Person genau? Öffentlich ist dazu leider nicht so viel wahrzunehmen. Das liegt, glaube ich, nicht unbedingt an der Person, sondern vielleicht eher an den Rahmenbedingungen. Können Sie vielleicht dazu etwas sagen? Es gab auch mal beim LKA einen Runden Tisch zu diesem Thema. Wer ist an diesem Runden Tisch beteiligt, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche Gemeinden? Vielleicht können Sie uns einen Einblick dazu geben. Auch wenn das nicht alles Ihr Ressort betrifft, sind Sie, denke ich, hoffentlich an all diesen Themen als die Verwaltung, die sich für Antidiskriminierung und gegen antimuslimischen Rassismus einsetzt und einsetzen muss, beteiligt. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich jetzt erst mal kurz dem Staatssekretär Max Landero das Wort geben. Danach kommen Herr Özdemir und Herr Nas noch mal dran. – Bitte!

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Vielen Dank für die Fragen! Es sind doch sehr viele, deswegen vielen Dank, dass ich noch mal kurz darauf eingehen darf. Zum

ersten Punkt von Frau Bozkurt zum Thema Beauftragte: Es ist tatsächlich so, dass wir im Land Berlin Beauftragte haben, die sind aber regelmäßig auf gesetzlicher Grundlage normiert. Das bedeutet natürlich, ohne die Bälle jetzt hin und her zu spielen, dass es auch ein Thema des Gesetzgebers wäre, dort reinzugehen. Wir als Verwaltung haben aus fachpolitischen Erwägungen – das ist eine längere Linie, die haben wir beispielsweise mit Herrn Salzborn als Ansprechpartner zu Antisemitismus auch schon vorangetrieben – eigene Geschäftsbereiche in den Verwaltungen, im Querschnitt, aber auch in der Linie. Das ist keine Stabsstelle, sondern wir setzen darauf, dass es aus der Verwaltung heraus strukturell wirkt und sich dann auf der Fachebene in alle Bereiche im Sinne der Querschnittsarbeit fortsetzt. Das bedeutet, das ist eine Arbeit, die auf lange Sicht und auf die verwaltungsinterne Einbindung angelegt ist. Eine Stabsstelle wäre eine Variante, wo man sagt, da ist man nicht in der Linie eingebunden, man ist nicht im Austausch mit verschiedenen Fachebenen der verschiedenen Abteilungen oder Senatsverwaltungen. Wir gehen genau den anderen Weg. Wir gehen praktisch wirklich den Weg aus der sehr vertieften Fachlichkeit, und daraus resultiert dieses Modell.

Gleichwohl gebe ich zu: Natürlich wird es im Rahmen der Enquete-Kommission noch mal zu diskutieren sein, aber wir sind bisher sehr zufrieden mit den Berichten, die von dort geliefert werden, mit der Implementierung. Ich habe jetzt nicht wahrgenommen, dass beispielsweise jemand wie Herr Pantisano zu wenig Einwirkung auf gesellschaftliche Debatten oder auch auf Vorgänge hat, die in der Verwaltung laufen, zum Beispiel Beteiligungskonferenz, Strategien zur Queerfeindlichkeit. Ich will jetzt nicht sagen, dass man nicht weiter im Gespräch sein und diskutieren kann, aber wir haben als Fachverwaltung natürlich unsere eigene Perspektive auf manche dieser Punkte und sind eigentlich mit dem System, auch im Sinne der Intersektionalität – da sind verschiedene Bereiche in einem Referat zusammengefasst – wirklich sehr zufrieden, Stand jetzt. Wir würden uns natürlich auch sehr wünschen, dieses Handlungsfeld noch mal stärker zu erschließen.

Zur Verantwortlichkeit hatte ich, glaube ich, etwas gesagt. Ich glaube, es ist auch richtig so, das ist natürlich am Ende meine Verantwortung. Das bedeutet, ich als Führungskraft fühle mich jetzt aufgefordert, das zu besprechen und mit diesem Abstimmungsbedarf und Klärungsbedarf fortzusetzen und mich damit zu beschäftigen. Das ist ganz klar jetzt die Aufgabe, die ich habe.

Darüber hinaus war jetzt noch mal die Frage nach der Umsetzung von Maßnahmen. Wir haben einen umfangreichen Stand. Es geht einerseits um die Überprüfung der Darstellung der muslimischen Communitys in Schulbüchern. Dazu wurde eine Studie zur Darstellung des Islam in Schulbüchern in Auftrag gegeben. Die wurde durch Frau Dr. Riem-Spielhaus und Jan Düsterhöft am 15. März anlässlich des Internationalen Tages gegen Islamfeindlichkeit öffentlich vorgestellt. Wir haben muslimisches Leben in der Stadtkultur, Empowermentmaßnahmen für Musliminnen und Muslime sollen gefördert und ausgeweitet werden. Es ist also eine Vielzahl von Projekten, die zu dem Thema arbeiten. Das bedeutet, wir haben eine Reihe von Projekten und auch diese Monitoringstelle, die uns jetzt Zahlen liefert. Wir wollen als weiteres Vorgehen die Expert*innenkommission zur Prävention und Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus dazu in die Lage versetzen, ein Positionspapier zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zu erstellen, dieses zu aktualisieren und zu ergänzen. Das bedeutet also, wir sind schon dran. Ich würde jetzt aber nicht widersprechen, dass das natürlich dicke Bretter sind, die wir gerade bohren, und dass das auch eine Herausforderung ist, auch mit manchen Verwaltungen, ganz offen gesagt. Gleichwohl sind wir jetzt – wenn ich die beiden

Fragen zum Neutralitätsgesetz zusammen beantworten darf – auch über die Einigung der Koalitionsfraktionen informiert, die am Ende die gesetzgeberische Gewalt haben. Gestern hatten wir es gerade im Jour Fixe mit der Abteilungsleitung, dass wir diese Einigung noch mal aus unserer Perspektive heraus bewerten.

Zum Einbringungsverfahren der Fraktionen kann ich Ihnen ehrlicherweise nichts sagen. Es war genau meine Bitte, dass wir uns das noch mal mit unserer Brille anschauen und uns eine Meinung dazu bilden. Sie wissen, in den Richtlinien der Regierungspolitik war auch die Arbeitsgruppe vereinbart, und da wird natürlich weiter diskutiert. Das ist auch weiterhin ein Thema, das uns beschäftigt, aber wir werden uns an der Stelle unsere fachpolitische Meinung bilden.

Zu einigen Punkten – Sie hatten es gesagt – sind wir – Stand jetzt – ehrlicherweise gar nicht so aussagefähig, was ganz vertiefte Punkte bei den verschiedenen anderen Dienststellen angeht. Ich kann Ihnen nur meine eigene politische Perspektive zur Kufiya und solchen Dingen sagen. Ich kann es teilweise nicht nachvollziehen, wie manche Verwaltungen damit umgehen. Ich bin da ehrlicherweise etwas kritisch, ohne mir jetzt anmaßen zu wollen, in den Bildungsbereich komplett reinzugehen, aber ich würde tatsächlich sagen, dass wir da auf jeden Fall auch andere Methoden haben als sofort Verbote und andere Punkte. Ich glaube, was von den Expertinnen und Experten auch gerade deutlich gemacht wurde: Es sind viele Menschen, die gesehen werden wollen, die ernst genommen werden wollen, mit denen man sprechen muss, wo man Konflikte auch austragen kann. Das gehört, glaube ich, zu einer kritischen Erziehung als Staatsbürger in der Schule auch irgendwie dazu. Ich finde, das sollte – – Ich weiß, das ist eine Herausforderung in den Schulen, das will ich gar nicht bestreiten, aber das ist auf jeden Fall ein ganz wichtiger Punkt.

Zum Thema der Kollegin hatte ich, glaube ich, auch schon im ersten Statement ausgeführt, dass wir tatsächlich gerade erst in der Einarbeitungsphase sind. Wir haben, wenn ich ganz transparent sein soll, wirklich gefragt: Wie sieht es aus? – Sie hat gesagt: Es ist vielleicht ein bisschen zu früh, jetzt schon in den Ausschuss zu gehen. – Wir haben natürlich Rücksicht darauf genommen und stellen uns vor die Mitarbeitenden. Deswegen bin ich hier. Deswegen hatte ich Ihnen auch gesagt: Gerne die Gelegenheit, dass wir das dann mal im Ausschuss machen, aber einen Tag nach Dienstantritt haben wir ihr freigestellt zu kommen oder nicht zu kommen. Ich kann die Entscheidung hundertprozentig unterstützen. Das der Hintergrund.

Vielleicht noch mal ein Punkt zum Thema Vertrauen: Sie haben es richtig dargestellt, wir sind dort tatsächlich in der Verantwortung. Wir, jedenfalls wir als Fachverwaltung, haben verschiedene Gremien, beispielsweise das Islamforum, wo wir eine Rückkoppelung und auch immer wieder eine Vernetzung mit Communitys sicherstellen. Es gibt natürlich auch Expertinnen- und Expertenrunden, und es gibt schon den Fachbereich bei uns. Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die heute auch hier sitzen, die sich schon mit dem Thema beschäftigen. Wir sind mit dem Islamforum gerade im Prozess einer Professionalisierung, um Debattenräume zu öffnen. Sie wissen auch, dass wir uns in vielen anderen Bereichen stark gemacht haben, dass wir Perspektiven von Musliminnen und Muslimen immer wieder deutlich machen, nicht zuletzt natürlich auch mit den größten Fördersummen, die es in diesem Bereich jemals gab. Ich geben Ihnen recht, es ist Schatten, aber es ist auch sehr viel Licht da. Ich finde, das sollte man auch mal an der einen oder anderen Stelle sagen. Jedenfalls ist es meine Aufgabe, immer wieder darauf hinzuweisen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann arbeite ich jetzt die Rednerinnen- und Rednerliste weiterhin ab. – Herr Özdemir hat das Wort!

Orkan Özdemir (SPD): Das parlamentarische Fragerecht ist eines der Grundrechte eines Abgeordneten, das hat mit der Fraktion gar nichts zu tun. In dieser SPD-Fraktion – ich weiß nicht, wie es in anderen Fraktionen ist – werden wir nicht gemonitort, es kann uns keiner sagen: Du darfst diese Frage nicht stellen –, oder so was in der Art. Das heißt also, jeder Abgeordnete ist als Einzelabgeordneter selbst verantwortlich für die Anfragen, die er/sie stellt. Warum sage ich das? – Das sage ich, weil man aus der Anfrage, die die Kollegen gestellt haben, nicht ableiten kann, ob das die Position oder Haltung der Fraktion ist.

Nun bin ich der fachpolitische Sprecher in dem Bereich, in dem diese Anfrage gestellt wurde. Da kann ich nur sagen, und das habe ich auch immer offen gesagt: Ich distanziere mich von dieser Anfrage mit jeder Faser meines Körpers. Das kann ich auch ganz offen sagen, weil ich in den vielen Jahren, in denen ich in diesem Themenfeld unterwegs bin, immer ganz nah an der Arbeit von CLAIM dran war. In all diesen Jahren habe ich eher eine Organisation und Menschen dieser Organisation erfahren, die immer im Sinne der gesamten Gemeinschaft und Gesellschaft ihre Arbeit geleistet haben und deren Anliegen es immer war, Ungerechtigkeit generell anzusprechen, hier natürlich spezifisch in diesem Bereich anzusprechen. Insofern möchte ich hier im Namen meiner Fraktion auch noch mal für die Arbeit der letzten Jahre und für die Arbeit, die Sie leisten, danken. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

Dann kommen wir mal zu den Fragen. Was die Registerstellen angeht, würde ich gern wissen: Wie ist die Kooperation generell mit den anderen Registerakteuren? Wie könnte man die Arbeit von CLAIM vielleicht noch weiter unterstützen? In welche Bereiche könnte man die Arbeit noch ausrollen und ausweiten?

Eine Frage an Herrn Dr. Sinanoğlu: Wissenschaftlich gesehen, welche Bereiche wären noch spannend, auch im Kontext von DeZIM, im Themenfeld antimuslimischer Rassismus, wo wir noch mal einen tieferen Blick reingeben müssten? – Vielleicht können Sie uns dazu noch mal ein paar Sätze sagen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Dr. Nas, dann haben Sie das Wort!

Dr. Ersin Nas (CDU): Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen auch von meiner Fraktion dafür herzlich danken, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, aber auch für Ihre wertvolle Arbeit, die Sie außerhalb des heutigen Plenums wahrnehmen. Ich habe Ihnen und auch den Redebeiträgen meiner Kolleginnen von der Grünenfraktion und der Linksfraktion mit großer Aufmerksamkeit zugehört. Frau Hanano! Auch wenn ich Ihre Arbeit und die Arbeit von CLAIM sehr schätze, muss ich Ihnen in Bezug auf den Gedenktag, wenn Sie sagen, es muss dieser Tag, dieser 1. Juli, und kein anderer sein, weil es dann der Sache nicht gerecht wird, widersprechen. Ich glaube, auch als Muslim und als jemand, der im Wahlkreis in Berlin ganz häufig mit Muslimen das Gespräch sucht und führt, es ist so, wie Herr Karahan gesagt hat: Den Muslimen ist es egal, welcher Tag, es muss ein Gedenktag sein. Ich glaube, und das hat auch mein Kollege Özdemir ganz gut zum Ausdruck gebracht, es geht uns nicht nur darum, dass wir den einen Tag einführen und sagen, der andere ist schlecht. Wenn wir, die Fraktionen und auch meine Kollegin Bozkurt, das ernst meinen, dann lassen Sie uns doch jeden Tag zum Kampf gegen Muslimfeindlichkeit, zum Kampf gegen Rassismus, gegen Antisemitismus, all das, erklären, aber sich hier hinzustellen und zu sagen, auch die Kollegin Bozkurt, auch wenn ich sie sehr schätze, auch mit einem Änderungsantrag: Es kann nur dieser eine Tag sein, weil das die Zäsur ist und kein anderer Tag. – Ich glaube, der Blick, dieser nationale Blick – – Als diese Tat in Dresden Frau Marwa El-Sherbini passiert ist – – Ich habe diesen Tag ganz gut verfolgt, weil ich neu zugelassener Anwalt war. Die Frau wurde attackiert. Sie kam als Zeugin, wollte als Zeugin ihr Recht vor einem deutschen Gericht suchen, und als sie ihr Recht gesucht hat, wurde sie leider ermordet, vor den Augen ihrer Familie. Das ist ein ganz tragischer Fall. Aber ich glaube, man darf keine Abwägung treffen, indem man sagt: In Deutschland passiert das, also konzentrieren wir uns in Deutschland darauf, und auf alles, was weltweit passiert, konzentrieren wir uns nicht und vernachlässigen all das. Ich glaube, all die Muslime, die uns heute zuhören, werden sagen: Jede Muslimfeindlichkeit – und ich halte mich jetzt nicht an Begriffen fest, weil mich das Phänomen interessiert – muss bekämpft werden. Jede Muslima, jeder Muslim, der attackiert wird, ermordet wird, hat es verdient, Gehör zu erlangen, ob in Neuseeland oder hier.

Warum haben wir den 15. März genommen? Weil es der Internationale Tag ist, der weltweit in den größten Städten gefeiert wird, haben wir als Hauptstadt Berlin gesagt, dass wir das auch gern hier in Berlin haben wollen. Was aber nicht bedeutet, dass die anderen Tage – – Wenn Sie wollen, kann man 365 Tage nur daran denken, das wird aber der Sache nicht gerecht. Die Muslime möchten einen Gedenktag haben und möchten, wie das heute hier auch angeklungen ist, Gehör, Anerkennung, Respekt haben. Für uns als Koalition war der 15. März wichtig, und ich bin ganz gespannt zu sehen, wie die Fraktionen – Linksfraktion und Grünenfraktion – heute über unseren Antrag abstimmen. Ich bin auch ganz gespannt und danke Ihnen, Herr Karahan, weil ich glaube, Sie haben das ganz gut auf den Punkt gebracht, zum einen in Bezug auf den Tag, aber Sie haben auch gesagt, dass wichtig ist, was in der Praxis passiert und was sich im Alltag eines Muslims verändert. Was können wir machen, um erstens Diskriminierung, Benachteiligung zu bekämpfen, und zweitens, dass Muslime mehr Teilhabe haben, damit das gesellschaftliche Miteinander auch funktioniert?

Heute ist ein guter Tag für die Muslime in Berlin – das sage ich auch als Moslem –, weil wir diese Themen ansprechen und Diskriminierung, Muslimfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit – oder wenn andere das antimuslimischen Rassismus nennen wollen – bekämpfen wollen, aber auch dafür kämpfen wollen, dass diese Teilhabe funktioniert. Ich vermisse bei der Grünenfraktion – – Sagen Sie mir doch, was Sie getan haben, damit der Alltag der Muslime besser

wird, und, liebe Linksfraktion, sagen Sie mir, was Sie in der Vergangenheit, in der Zeit, wo Sie Regierungsverantwortung hatten, besser gemacht haben, damit sich der Alltag verbessert.

Ich möchte ein Beispiel herausgreifen, nämlich das Thema Bestattung, als Muslime auf die Straße gegangen sind und gesagt haben, wir brauchen Grabflächen, war das eine grüne Senatorin, die gesagt hat: Wir treffen unsere Abwägung zugunsten der Umwelt und zugunsten der Tiere. – Kommen Sie mal nach Spandau! Es waren CDU-Stadträte, es waren CDU-Politiker, die Grabflächen für Muslime ermöglicht, die neue Grabflächen geschaffen haben. Es war eine grüne Senatorin, die gesagt hat: Die Zauneidechsen, die Umwelt, die Bäume sind mir wichtiger. – Da hatten Muslime ihre Verwandten im Krankenhaus im Leichenkeller, mussten tagelang warten, bis sie Grabflächen bekamen. Wo waren Sie damals? Es ist ein alltägliches Problem der Muslime gewesen, das Sie leider nicht gelöst haben, das aber die CDU-Politiker und auch die Senatsverwaltung in Kooperation mit dem Kooperationspartner gelöst hat, weil wir diesem Thema und vielen anderen Themen in unserem Kooperationsvertrag Platz gegeben haben.

Ich möchte Herrn Karahan auch fragen – Sie habe diese gesellschaftliche Teilhabe und auch die muslimischen Gemeinden angesprochen, das habe ich leider bei den anderen Beiträgen vermisst – :Wie können wir die muslimischen Gemeinden besser einbinden? Wie können wir das Miteinander stärken? Ich vermisse zum Beispiel in Berlin, dass wir auch darüber reden, wie wir eine Stadtentwicklung mit muslimischen Gemeinden voranbringen können. Wie können wir es schaffen, dass muslimische Gemeinden nicht nur in den Hinterhöfen sind, sondern dass wir eine Stadt, ein Quartier mit den Gemeinden gemeinsam gestalten können? Sie haben gesagt: die Teilhabe, die Beteiligung der Moscheegemeinden. Welche konkreten Maßnahmen kann man noch betreiben, um die muslimischen Vertretergemeinden, Moscheegemeinden besser einbinden zu können?

Herr Doktor Sinanoğlu hat gesagt: Es gibt einen starken Vertrauensverlust. – Das sehe ich leider genauso. Wenn wir Musliminnen und Muslime nicht abholen und sagen: Wir sitzen hier auch für sie, dann gibt es diesen Vertrauensverlust. Ich finde es auch sehr traurig, dass Muslime überlegen, das Land zu verlassen, weil sie sich nicht ernst genommen fühlen. Was müsste man da, Herr Dr. Sinanoğlu, mehr tun, neben all den Maßnahmen, die Sie schon geschildert haben? Müsste man sie mehr in diese Diskussion einbinden? Mehr den Diskurs mit denen vor Ort führen?

Dann ein Hinweis und auch danke an Frau Bohle [sic!] vom TBB. Sie haben gesagt, besonders betroffen sind leider Frauen, muslimische Frauen oder muslimisch gelesene Frauen. Das erleben wir im Alltag, in der Verwaltung, aber auch bei der Berufswahl. Ich weiß, dass Sie da auch ganz viel tun. Wenn Sie zu den Erkenntnissen bei der Berufswahl von Frauen, also wenn sich eine Muslima mit Kopftuch um einen Job bewirbt, Zahlen parat haben und sagen könnten, wie da die Erfahrungen sind, wie die Zahlen sind – – Denn ich weiß, dass es da auch eine Diskriminierung gibt. – Das sind meine Fragen erst mal, und ich freue mich auf die weitere Diskussion.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Die Redeliste ist jetzt leider länger geworden – „leider“ mit Blick auf die Uhr, sonst können Sie sich natürlich munter melden, damit habe ich überhaupt kein Problem. Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass es noch ein paar Tagesordnungspunkte gibt und auch unsere Anzuhörenden rankommen sollten. Wenn Sie das in Ihren

Wortbeiträgen berücksichtigen, freue ich mich. Jetzt ist Frau Eralp dran, dann Frau Bozkurt, dann Frau Dr. Haghanipour und Herr Walther. Und dann hoffe ich, dass wir in die Runde der Anzuhörenden gehen können. Ich bitte Sie noch um ein bisschen Geduld. – Danke! – Frau Eralp, bitte!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal sind noch ein paar Fragen von der Senatsseite nicht beantwortet worden. Vielleicht können das jetzt noch die Abteilungen ergänzen oder auch die Staatssekretärin, die noch anwesend ist, und zwar, was der Senat zu dem Thema antipalästinensischer Rassismus konkret macht oder wie er die Studienlage bewertet usw. Diese Frage ist nicht beantwortet worden. Die Frage zum LKA ist auch nicht beantwortet worden. Ich weiß, dass das bei der Innenverwaltung liegt, aber Sie müssten ja zumindest Informationen darüber haben, was mit dem Runden Tisch und der Ansprechperson ist. Sonst müsste ich das und auch die Frage zur allgemeinen Fortbildungspflicht bei Richterinnen und Richtern noch einmal in einer Schriftlichen Anfrage stellen. Ich habe vorhin vorgetragen, dass 2024 kein einziger Richter bzw. keine einzige Richterin an irgendeiner Fortbildung bzw. Schulung zum Bereich Rassismus teilgenommen hat. Wie stehen Sie dazu? Finden Sie das erforderlich, diese Fortbildungspflicht einzuführen? Und wie bewerten Sie es, dass da irgendwie nichts passiert?

Jetzt hat uns der CDU-Kollege gefragt, was wir eigentlich getan haben. Dazu sage ich gleich etwas. Sie haben übrigens meine Fragen auch nicht beantwortet. Dazu komme ich auch gleich noch. Also, was haben wir getan? – Beispielsweise haben wir die Expert*innenkommission gegen antimuslimischen Rassismus unter R2G gemeinsam eingesetzt, unter dem grünen Justiz- und Antidiskriminierungssenator. Überhaupt, dass es einen Senat für Antidiskriminierung gibt, ein Senatshaus, kommt aus R2G-Zeiten, denn für Sie ist Antidiskriminierungspolitik überwiegend, so äußern sich zumindest CDU-Abgeordnete in der Enquete-Kommission und auch anderswo, irgendwelches identitätspolitisches Gedöns. Das möchte ich einmal hier ausführen. Damit hier nicht irgendwie so mit Fake News gearbeitet wird. Wir haben das eingesetzt. Übrigens, es war die Linke, auch gemeinsam mit den Grünen, die die Frage des Neutralitätsgesetzes in den Koalitionsverhandlungen bis in die letzte oberste Spitzenrunde gezogen hat, denn uns war das Thema so wichtig, dass diese gesetzliche Diskriminierung von kopftuchtragenden Frauen endlich aufhört. Dann kommen wir zu den Beschneidungsdebatten im Bundestag. Wie war denn dazu die Position der CDU, frage ich Sie, erinnern Sie sich daran? – Wir waren damals auf jeden Fall dagegen, dass in die Religionsfreiheit und in die Freiheit zu entscheiden eingegriffen wird. Die CDU stand da ganz woanders, da wurden alle möglichen antimuslimischen Ressentiments durch das Land gejagt. Das haben Sie jetzt wohl wieder vergessen.

Dann möchte ich fragen: Wer hat denn gefordert, dass ein Muslim Profiling in die Einwanderungsreform kommt? Umgesetzt wurde sie leider von anderen, aber gefordert wurde sie auf jeden Fall von der CDU – Überraschung! Die findet sich im heutigen Staatsangehörigkeitsgesetz. Sie haben sogar noch weit darüber hinaus viele Dinge gefordert. Wer stellt denn die muslimischen Gemeinden permanent unter Generalverdacht von Terrorunterstützung? Wer macht die ganzen Anfragen? Es ist Ihr Kollege Timur Hussein, der diese Anfragen macht und permanente Gleichsetzung vornimmt. Man muss die Dinge auch mal beim Namen nennen.

Und ansonsten: Was ist denn Ihre Position beispielsweise? Wir hören sehr viel zum Kampf gegen Antisemitismus, was sehr wichtig und richtig ist, und da muss noch viel mehr getan

werden – [Zuruf von Dr. Ersin Nas (CDU)] – – jetzt rede ich gerade –, aber was sagen Sie beispielsweise zu der Frage des antipalästinensischen Rassismus? Dazu habe ich noch nie etwas gehört. Gehen Sie in die muslimischen Gemeinden, und sprechen Sie da mit den Menschen? Nicht nur den Menschenrechtsorganisationen tut die Situation im Nahen Osten weh. Wenn ich in die muslimischen Gemeinden gehe, ist der Nahostkonflikt immer Topthema. Was sagen Sie eigentlich dazu? Wo ist eigentlich Ihre Empathie für die Menschen? Das frage ich mich, weil ich habe dazu noch nie etwas von irgendeinem CDU-Abgeordneten gehört. Aber das gehört auch dazu. Empathie ist nicht nur für eine Seite. Meine Empathie gilt allen Betroffenen von Antisemitismus, Rassismus, Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen. Und ich hoffe und erwarte von der CDU und von allen demokratischen Fraktionen, dass das für die anderen genauso gilt. Was ist eigentlich beispielsweise mit dem Thema Racial Profiling, dass viele muslimisch und muslimisch gelesene Menschen betrifft? Auch unter R2G wurden damals Verbesserungen verhandelt, wie das explizite Verbot und ein Ticketingsystem. Das kam im Koalitionsvertrag von CDU und SPD nicht mehr vor.

Insofern gibt es hier eine Menge Dinge. Es ist ja auch kein Wunder, warum beispielsweise in den Umfragen zur Bundestagswahl rauskam, dass 29 Prozent der Musliminnen und Muslime die Linke unterstützt haben. Vielleicht sollten Sie als CDU selbst mal überlegen, was Sie hier falsch machen. – [Zuruf von Dr. Ersin Nas (CDU)] – Jetzt rede ich gerade. Ich möchte bitte aussprechen.

Ülker Radziwill (SPD): Können wir das vielleicht so machen, dass wir uns noch zuhören, dass Sie sich alle konzentrieren? Noch mal die Erinnerung an die Uhr. Wenn Herr Dr. Nas möchte, bekommt er auch noch mal die Chance, sich zu melden. Wir haben aber auch noch die Anzuhörenden, die auch noch genügend Zeit haben sollten. Heute können wir das nur maximal eine Viertelstunde nach hinten schieben, da viele im Anschluss Termine haben. Jetzt hat Frau Eralp weiterhin das Wort.

Elif Eralp (LINKE): Das ist ein wichtiger Hinweis, vielen Dank! Allerdings ist es so, dass die CDU hier konkret meine Fraktion und die Grünenfraktion angesprochen hat, da muss ich natürlich dann auch Gelegenheit haben, etwas dazu zu sagen. Meine Fragen wurden auch von Herrn Dr. Nas komischerweise nicht beantwortet.

Was ist mit der Leugnung von Herrn Stettner und der CDU, dass es institutionellen Rassismus nicht gebe? Diese Aussage wurde ganz klar im Plenum getroffen. Institutionellen Rassismus gibt es nicht –, sagt die CDU. Was ist die Position zum Neutralitätsgesetz? Wir sind für die Abschaffung dieser Diskriminierung von vor allem muslimischen Frauen. Was ist Ihre Position zur Ansprechperson? Zu all diesen Sachen haben Sie nichts gesagt. Aber mich fragen Sie hier frontal irgendwelche Dinge. Ich hoffe, ich habe das zumindest ausreichend beantwortet. Übrigens können Sie auch nicht für alle Musliminnen und Muslime sprechen und sagen: Es ist den Musliminnen egal, welcher Tag. – Das steht Ihnen nicht zu, steht mir auch nicht zu. Ganz viele muslimische Menschen, auch hier im Raum, haben geäußert, dass ihnen der 1. Juli wichtig ist. Das sollten Sie einfach mal anerkennen. Ich spreche auch nicht für alle, und Sie können das genauso wenig. Das ist wirklich ein merkwürdiger Ansatz, den Sie da haben. Ich habe beispielsweise auch gesagt: gern beide Tage, gern jeder Tag, aber es ist halt schwierig, wenn man selber strukturellen Rassismus leugnet, so etwas hier anzuführen. Das ist übrigens auch kein Feiertag, sondern ein Gedenktag. Ich hoffe, da haben Sie sich versprochen.

Ansonsten ist mir vor allem noch mal wichtig, auch die Anzuhörenden zu fragen, was aus Ihrer Sicht jetzt die dringendsten Maßnahmen noch sind, wie der Ausbau der Beratungs- und Monitoringstruktur aus Ihrer Sicht aussieht. Das hat auch Herr Özdemir gefragt. Vor allem ist Herr Sinanoğlu auch Mitglied des Expert*innengremiums. Was ist mit diesem Bericht? Und wie bewerten Sie den aktuellen Umsetzungsstand? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Bozkurt, Sie haben das Wort!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Der Staatssekretär ist jetzt schon weg, aber der Senat ist ja anwesend. Viele Fragen wurden nicht beantwortet. Ich möchte darum bitten, dass wir die Fragen noch mal schriftlich einreichen können. Ich möchte sagen, über drei Viertel meiner Fragen sind unbeantwortet geblieben. Dann möchte ich noch ergänzen: Der Herr Staatssekretär, mit Verlaub, erzählt, was seine politische Haltung ist. Es sei ihm gegönnt, aber ich möchte nicht vom Senat die Haltung hören, sondern was Sie explizit tun, und zwar in den Fragen, in denen Sie handlungsfähig sein sollten. Wenn Sie es nicht sind, dann stellt sich die Sinnfrage oder die Raison-d'Être-Frage, aber es ist nicht meine Aufgabe, die zu beantworten, die obliegt dem Senat oder dem Staatssekretär. Das würde ich dann doch gern zurückweisen. Wie gesagt, was er politisch für eine Haltung hat, ist mir, ehrlich gesagt, erst mal egal. Ich messe sie an den Taten.

Dann sagte er, dass die Stellen, die Referate oder die Arbeitsgruppen, die er alle ausgeführt hat, die dazu bei Ihnen im Haus vorhanden sind, würden wunderbare Arbeit leisten und die Frau Ansprechperson wäre da angesiedelt. – Das finde ich prima. Ich finde die Arbeit großartig. Ich habe überhaupt nichts daran auszusetzen, aber braucht es dann diese Stelle noch? Die Ansprechperson braucht es offensichtlich nicht, weil die ja schon die gute Arbeit machen. Was soll denn die Beauftragte sonst tun, als die Arbeit, die da schon gemacht wird, fortzuführen? Oder brauchen wir eine Beauftragte mit tatsächlichen Kompetenzen? – Das wäre die Frage.

Dann der Herr Kollege Nas, der immer wieder zu Protokoll geben muss, wie sehr er uns doch schätzen würde. Das ist doch toll. Das freut uns sehr. Der 1. Juli sei doch einfach ein Datum und der 15. März auch, und warum könne das nicht nebeneinander stehen? – Der 9. November ist der Tag des Mauerfalls, und der wird nicht am 8. November begangen. Der 3. Oktober ist der Tag der Wiedervereinigung, und den begehen wir nicht am 11. Oktober. Der 22. Januar ist der Jahrestag des Élysée-Vertrags, und den begehen wir auch nicht zu irgendeinem anderen Tag. Und der 23. Mai ist der Tag des Grundgesetzes, auch den begehen wir nicht an anderen Tagen. Der 1. Juli 2009 war eine Zäsur in diesem Land. Das muss man einmal akzeptieren, und auch akzeptieren können, dass Musliminnen und Muslime ihre verdammten Rechte und ihre Sichtbarkeit einfordern können. Das sind nicht irgendwelche Aussätzigen oder Schmuddelkinder dieser Gesellschaft, das sind Menschen, denen Teilhabe zusteht.

Was wir alles getan haben? – Vieles hat jetzt meine Kollegin erwähnt. Die Expert*innenkommission, über die wir reden, ist ein wichtiges Beispiel, aber auch Referendarinnen mit Kopftuch im Justizdienst hat der vergangene Senat zugelassen. Überhaupt die Diskussion über das Neutralitätsgesetz, Beschlüsse zu fassen, dass dieses unsägliche Gesetz abgeschafft wird, das sind auch Dinge, die unter unserer Regierungszeit entstanden sind, über die wir mit stolz geschwellter Brust reden können.

Zu der Diskussion zu den Grabflächen: Zunächst einmal sind Grabflächen Bezirksaufgabe, und da kann ich den grünen Bezirk Berlin Mitte nennen, der übrigens auch muslimische Grabstätten immer wieder schafft. Diese Debatte, die Sie ansprechen, dass eine Senatorin, wenn es Interessenskonflikte gibt, erst mal dafür Sorge tragen muss, dass diese Interessenskonflikte aus der Welt geschaffen werden, wenn Umweltverbände sagen: Hier ist eine bedrohte Eidechsenart oder nicht. Man kann das gut oder schlecht finden, aber das ist die zuträglichste Aufgabe einer Senatorin, zu sagen: Das müssen wir mal kurz überprüfen. Da müssen wir mal kurz sagen: Geht oder geht nicht. – Daraus dann zu machen, dass sich die Senatorin dem verweigert hat, obwohl ich ganz persönlich auch bei diesen Kundgebungen war und im Regen stand, als die Staatssekretärin damals zu den Demonstrierenden an der Şehitlik-Moschee sprach und das vollkommene Bekenntnis abgegeben hat, hinter der Sache zu stehen und sicherzustellen, dass der Ausbau der Grabflächen in Gatow stattfinden kann.

Dann finde ich es total spannend, Sie reden immer wieder von den Moscheegemeinden, die Sie einbinden möchten. Zivilgesellschaft ist nicht, aber Moscheegemeinden. Finde ich toll, weil wir reden mit den Moscheegemeinden, wir kriminalisieren und stigmatisieren Moscheegemeinden nicht pauschal. Sie machen es. Ich wundere mich. Reden Sie eigentlich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden, der ganz andere Töne von sich gibt? Bekommt der Kopf mit, was der Schwanz bei Ihnen macht? Wer wedelt womit? Das ist bei Ihnen ein bisschen irritierend, aber vielleicht können Sie da ja noch mal bei sich Rücksprache halten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich bin mir nicht sicher, ob das Beispiel, das Sie zuletzt gebracht haben, angemessen ist, aber ich will es auch nicht weiter kommentieren. Ich musste nur darüber nachdenken. – Frau Dr. Haghanipour, Sie haben das Wort, dann folgt Herr Walter und dann hat sich Herr Dr. Nas noch mal gemeldet. Ich möchte gern, wenn es geht, die Redeliste schließen, damit die Anzuhörenden genügend Zeit haben zu reagieren. – Frau Dr. Haghanipour, bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst einmal möchte ich sagen, dass ich es schätze, dass die Koalitionsfraktionen diesen Antrag anlässlich oder zum Gedenktag des antimuslimischen Rassismus hier einbringen. Ich sehe es auch nicht als Selbstverständlichkeit, dass die Koalition in dieser Konstellation solch einen Antrag einbringt.

Ich muss mich jetzt doch noch mal auch zu dem Änderungsantrag melden. Das wird Sie vielleicht auch nicht verwundern. Der Tag ist ja gar nicht lange her. Wir sprechen darüber in der Woche zum 1. Juli, zum Tag des antimuslimischen Rassismus. Wir hatten in Neukölln zu dem Thema eine Bezirksgruppensitzung gemacht. Es gab ungefähr 30 Anwesende, die gekommen sind, und ich habe in die Runde gefragt: Was meint ihr, warum der 15. März? – Und es war Stille. Niemand von den Leuten hatte irgendeine Idee, irgendeine Verbindung zu diesem Tag. Die gibt es, die habe ich dann auch erläutert. Aber das war so: Aha, okay. – Sie können den Test ja selbst auch mal in Ihrem Umfeld machen und fragen: Was denkt ihr? 15. März, habt ihr dazu irgendwie eine Idee, eine Konnotation, dass das passen würde? – Und der 1. Juli, das hat der Staatssekretär gerade gesagt – ich zitiere –: unvergessen. Der Tag ist unvergessen. Dieser Tag hat eine Bedeutung für unsere Stadt, für Deutschland, für die muslimische Community. Ich glaube auch, dass es manchen egal ist. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber es gibt einfach eine große Gruppe, die mit diesem Tag, 1. Juli, emotional verbunden ist. Das merke ich auch in dieser Debatte, die gerade emotionaler wird. Deswegen

kann ich nur sagen: Geben Sie sich doch vielleicht einen Ruck. Diesen Antrag finden wir gar nicht mal so verkehrt, aber bezüglich des Tags denken wir, dass das ein anderer sein könnte.

Und noch eine Bemerkung zur Grabpflege in Spandau, die Sie, Herr Dr. Nas, auch angesprochen haben: Das Grab von Hatun Sürücü ist auch dort. Die Grabstätte läuft diesen Monat aus. Wir haben einen Antrag für den Weitererhalt, für die Erhaltung der Stätte gestellt. Ich höre aus Spandau, aber auch aus den anderen Bezirken oder vom Senat nichts mehr dazu, was denn eine Lösung sein kann. Ich würde mich freuen, wenn vielleicht in Spandau selbst, wo Hatun liegt, eine Lösung gefunden würde. – Danke Ihnen!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Walter, Sie haben das Wort, bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! De facto habe ich auch keine Frage an Sie, sondern ein kleines Statement in Richtung Senat. Aus meiner Sicht steht es unzweifelhaft fest, dass Berlin in der Tat, was die Bekämpfung von antimuslimischen Rassismus angeht, weit vorne ist und dass viele Maßnahmen initiiert worden sind, die jetzt weiterhin von der LADS, auch von der SenASGIVA weiter fortgeführt werden, zum Teil auch verstärkt werden. Das ist völlig unstrittig und unzweifelhaft. Trotzdem steht da die Frage im Raum, wie insbesondere die Empfehlung der Expert*innenkommission – und wir haben auch noch mal die Forderungen in den einzelnen Bereichen – umgesetzt werden sollen. Mich stimmen zwei, drei Sachen gerade ein bisschen sorgenvoll, auch wenn ich die Diskussionen seit Dienstag in Bezug auf die Ansprechperson und die Einsetzung dieser Ansprechperson verfolge. Was mir nicht richtig klar ist: Es liegen die Ergebnisse der Expert*innenkommission vor, und gleichzeitig steht im Raum, dass die jetzige Expert*innenkommission auch noch mal irgendwie Maßnahmen erarbeiten soll, die noch hinzukommen. Mir ist einfach nicht klar, wie das miteinander verschränkt wird, bzw. ob das so ein bisschen der Placebo ist. Die müssen doch jetzt auch erst mal weiterarbeiten, um die bisherigen Maßnahmen, die Forderungen, die feststehen, überhaupt umzusetzen. Das finde ich misslich. Das ist das Erste. Ich glaube, das schließt sich nicht aus, erst mal die Sachen noch umzusetzen, die offen sind, und gleichzeitig weiterzuarbeiten.

Und das Zweite ist: Es fängt jetzt wieder dieses Ping Pong an, das wir schon mehrfach hatten, nämlich die Frage: Welche Rolle hat eigentlich die Enquete Kommission? – Ich habe die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden der CDU so verstanden, dass jetzt alles erst mal in der Enquete Kommission besprochen werden soll und dann die Ergebnisse dort in die Umsetzung münden. Wir wissen, dass die Enquete Kommission ihren Abschlussbericht erst im nächsten Jahr vorlegen wird. De facto bedeutet das, dass in dieser Wahlperiode nichts mehr kommen wird, wenn man das alles in die Enquete Kommission verlagert. Es ist meine Sorge, dass jenseits dieses Antrags in dieser Wahlperiode nichts mehr passieren wird. Das fände ich äußerst bedenklich, und ich hoffe, dass das nicht zutreffen wird und diese Enquete Kommission nicht zum Verschiebebahnhof von aktuellen politischen Bedarfen genutzt wird, sondern dass diese tatsächlich – und die Bedarfe sind ja klar geworden – umgesetzt werden.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann zum Schluss noch Herr Dr. Nas, bitte!

Dr. Ersin Nas (CDU): Ich will es auch ganz kurz machen, Frau Vorsitzende, weil ich glaube, wir sollten auch den Anzuhörenden die Gelegenheit geben, zu diesen vielen Fragen zu antworten. Ich meine, man kann bei so einer Ausschusssitzung über alles reden, aber ich würde

gern beim Thema bleiben. Wenn wir beim Thema Muslimfeindlichkeit sind und dann sagen: Wir könnten ja noch über Nahost, über Außenpolitik, über die Bundesregierung reden – – Kann man alles machen, aber dafür sollte man die Themen anmelden.

Vielleicht ein, zwei Hinweise an die Frau Kollegin Bozkurt: Die Zuständigkeit, ob eine Fläche von Zauneidechsen etc. freigemacht wird, lag beim Land, und die Senatorin hat eineinhalb Jahre gebraucht. Das ist nicht nur „kurz überprüfen“. – Zur Grabfläche bezüglich Hatun Sürücü: Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es nicht um Muslimfeindlichkeit geht, sondern dass es da um ein anderes Thema geht. Wir werden uns dieses Themas natürlich annehmen und auch entsprechende Diskussionen führen. Ich kann Ihnen sagen, dass die Bezirksverwaltung und auch der Herr Stadtrat ganz sensibel bei diesem Thema sind und alles Mögliche tun werden, dass uns diese Grabfläche erhalten bleibt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind jetzt die Anzuhörenden dran. Ich schlage vor, dass wir jetzt die Reihenfolge umdrehen und die uns digital zugeschaltete Frau Shafie-Sabet zuerst antworten kann. – Bitte sehr!

Alaleh Shafie-Sabet (ADNB des TBB) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Bei der ersten Frage – die kam von Frau Bozkurt – ging es um das Empowerment von Muslimas. Ich glaube, das war grob die Frage.

Ich kann dazu sagen, dass auch wir in unserer Beratungsarbeit ganz stark wahrnehmen, dass Betroffene oft sehr frustriert sind, weil sie nicht nur einmal Diskriminierung erleben, sondern alltäglich, insbesondere Muslimas, da sie aufgrund ihres Kopftuchs immer wieder Benachteiligung erleben. Ich kann dieses Gefühl sehr gut nachvollziehen, wenn man diesen Impuls hat, was kann man tun, wenn Leute immer wieder davon erzählen? Sie sind frustriert und sie sehen auch keinen Ausweg, wie sie da rauskommen, denn das ist halt ihre Identität. Das stellt uns auch immer wieder vor großen Herausforderungen in unserer Beratungstätigkeit. Was wir tun, ist, dass wir den Ratsuchenden nicht nur zuhören, sondern sie auch ernst nehmen. Wir nehmen ihre Erfahrung ernst, wir bestätigen auch ihre Erfahrung mit dem Hinweis, dass ihre Erfahrung kein Einzelfall ist, sondern dass viele Menschen genau dasselbe erleben. Da uns aber auch oft Fälle gemeldet werden, wo die Eskalationsstufe schon ziemlich weit oben fortgeschritten ist, erzählen uns Ratsuchende oft, dass es ihnen schon geholfen hätte, wenn es bei der Arbeit – wenn wir im Kontext Arbeit sind – innerhalb der Institution eine Person gegeben hätte, die ihnen zugehört, die ihre Erfahrung ernst genommen, aber auch gleichzeitig Maßnahmen ergriffen hätte, damit sie vor weiteren Diskriminierungen geschützt worden seien. Das allein hätte schon geholfen. Und wenn es um weitere konkrete Wünsche oder Anliegen von Betroffenen geht, merken wir immer wieder, dass sie oft davon erzählen, dass sie nicht wollen, dass es anderen Kolleginnen beispielsweise bei der Arbeit so ähnlich ergeht wie ihnen. Daher merken wir immer wieder oder besteht auch die Herausforderungen unserer Arbeit darin, dass wir merken, es gibt kaum Sensibilisierung in den jeweiligen Institutionen. Menschen finden kein Gehör. Wenn wir als Beratungsstelle einschreiten und gemeinsam mit den Betroffenen intervenieren, merken wir immer wieder, dass die Gegenseite nicht nur für Gespräche oft nicht offen ist, sondern sie die Erfahrungen der Betroffenen relativiert oder weiter diskriminiert. Da merken wir, es braucht sowohl präventive Maßnahmen, wie Sensibilisierungsworkshops oder Schulungen, aber auch Beschwerdestrukturen, damit die Erfahrungen von Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, ernst genommen werden kann.

Ich hatte mir noch eine Frage aufgeschrieben, wobei ich nicht weiß, ob ich jetzt die Ansprechperson bin. Ich habe nur den Namen TBB gehört. Das war von dem Kollegen von der CDU, Dr. Nas. Ich weiß nicht, ob ich angesprochen bin, weil der Nachname nicht meiner war. Es ging a um die Berufswahl bei Frauen und ob wir dazu Zahlen haben. Ich würde jetzt einfach etwas dazu sagen, weil Sie TBB genannt haben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles klar! Der Kollege nickt zustimmend, und wir freuen uns, wenn Sie dazu etwas sagen.

Alaleh Shafie-Sabet (ADNB des TBB) [zugeschaltet]: Alles klar, gut! – Leider kann ich da nicht so viel zu sagen, wenn es jetzt um Zahlen geht, da wir gerade noch unsere Zahlen herausarbeiten. Wir geben im Herbst dieses Jahres den Antidiskriminierungsreport heraus, wo die Meldungen noch mal sichtbar gemacht werden. Ich kann aber sagen, dass wir immer wieder Fälle begleiten von Muslimas, die im Bewerbungsverfahren Diskriminierung erleben, wo dann Sprüche fallen wie: Wären Sie denn bereit, ihr Kopftuch abzulegen? – Das ist etwas, das wir jetzt schon seit über 20 Jahren in unserer Beratungstätigkeit immer wieder erleben. Ich kann vielleicht noch als Info hinzufügen – die können Sie sich noch holen –: Es gibt von der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie, leider schon von 2014, aber ich finde, die ist immer noch relativ aktuell, zum Thema betriebliche Diskriminierung mit der Frage: Warum und wie werden migrantische Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungs- und Arbeitsplätze benachteiligt? – Da gibt es ganz viel dazu und auch Zahlen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben! Sie müssen, glaube ich, auch gleich aus der Schalte raus. Alles Gute für Sie, danke für die Zeit!

Alaleh Shafie-Sabet (ADNB des TBB) [zugeschaltet]: Genau. Ich habe noch ein paar Minuten, aber danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles klar! Wenn Sie sich dann rausschalten, von uns allen, wie gesagt, einen schönen Tag und vielen Dank noch mal! – Dann darf ich Herrn Dr. Sinanoğlu das Wort geben. – Bitte sehr!

Dr. Cihan Sinanoğlu (Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus Berlin): Ich würde meine Antworten in fünf Punkte strukturieren. Punkt 1: die Frage von Rückzug, Ausstieg und Radikalisierung. Diesen Zusammenhang sollten wir alle mitnehmen. Wir sehen, dass, wenn Lebensrealitäten, Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen von politischen Akteuren nicht gesehen, nicht anerkannt, nicht in politisches Handeln übersetzt werden, ein Vakuum entsteht, in das islamistische Kräfte hineingehen. Es gibt ja eine klare Fishing Strategie, diese Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen von diesen islamistischen Akteurinnen als Zutritt, als Eingang zu benutzen, um vor allen Dingen Jugendliche anzuwerben, an sich zu binden. Meist wird es dann verknüpft mit: Nicht nur die deutsche Gesellschaft ist schuld, sondern es sind am Ende auch Juden und Jüdinnen. – Das heißt, der Antisemitismus wird in diesen Communitys befeuert. Und hier müssen wir gegenhalten, das heißt, dieses Vakuum muss durch politische Institutionen gefüllt werden.

Zweitens ist an Frau Bozkurt: Es gibt tatsächlich eine Dunkelfeldstudie auf der Bundesebene, vom BKA durchgeführt. Es gibt ein Viktimisierungssurvey, das jetzt über mehrere Wellen gelaufen ist. Das ist schon ein sehr guter erster Schritt. Aber hier fehlt eine Operationalisierung von Rassismus, und dann gibt es hier natürlich auch eine polizeiliche Nähe. Das heißt, es braucht hier viel mehr Forschung, und ich würde mich freuen, wenn das auch im Berliner Kontext angegangen wird.

Auf die Frage: Was können wir eigentlich der Machtausübung des Silencing und Derailing entgegnen?–, kann ich als Wissenschaftler nur sagen: Es gibt einen nationalen und internationalen Forschungsstand. Wir können nur immer mit Fakten und Daten, die die Realität versuchen wiederzugeben, das heißt, mit wissenschaftlichen Ergebnissen evidenzbasierte Politikberatung anbieten, aber sie muss auch angenommen werden. Ansonsten gibt es hier natürlich auch Grenzen des wissenschaftlichen Arbeitens. Wir sind darauf angewiesen, dass diese Ergebnisse auch im politischen Raum aufgegriffen werden.

Drittens: Mindeststandards für eine Beauftragte. Ich finde es schon durchaus legitim, noch mal grundsätzlich über das Beauftragtenwesen nachzudenken und darüber nachzudenken, was eigentlich die beste Antidiskriminierungspolitik und Antidiskriminierungsstrategie ist. Ich würde da sagen: Unabhängig davon, ob wir Beauftragte einsetzen oder nicht, es braucht ein Verständnis dafür, dass Rassismus und Antirassismus eine Querschnittsaufgabe sein muss. Es ist mit einer Beauftragten nicht getan, sondern im Grunde genommen müsste in jedem Senat, in jeder Abteilung das immer mitgedacht werden, wenn man über Maßnahmen, über Gesetze, über Normen usw. nachdenkt. Eine Beauftragte kann dabei helfen, diese Querschnittsaufgabe zu übernehmen, aber damit ist es nicht getan. Sara Ahmed, eine Wissenschaftlerin, spricht

hier von „performativen Nichthandeln“, indem man immer symbolisch und mit Worten versucht, diese Dinge zu adressieren – das ist heute passiert –, aber dann nicht mit Handlungen unterlegt. Das ist auch eine Form der Reproduktion rassistischer Verhältnisse, da dadurch nichts vorangeht. Für eine Beauftragte würde das ganz konkret weitreichende Handlungskompetenzen bedeuten. Es braucht natürlich auch Sanktionsmöglichkeiten einer Beauftragten, wenn bestimmte Dinge nicht umgesetzt werden. Wie gesagt, es muss als Querschnitt gedacht werden. Ich finde, ein Antisemitismusbeauftragter sollte durchaus auch zu antimuslimischen Rassismus geschult sein, und umgekehrt muss eine Beauftragte zu antimuslimischen Rassismus antisemitismuskritisch arbeiten können. Das ist das, was ich mit Querschnitt meine. Wir müssen diese Dinge viel komplizierter und komplexer machen und mit diesen vereinfachenden Narrativen aufhören. – Dann braucht es natürlich finanzielle und personelle Ressourcen.

Ich komme zu meinem vorletzten Punkt, zu der Frage: Welche Bereiche des antimuslimischen Rassismus müssen wir uns angucken? – Wir müssen uns immer wieder klar machen: Die Funktion von Rassismus ist die Verschiebung sozialer Probleme hin zu einem Problem der sogenannten Überfremdung. Das ist das, was die AfD seit ihrem Beginn macht. Hier noch mal klar und deutlich zu machen, welche Funktion Rassismus hier einnimmt, eben von strukturellen und sozialen Problemen abzulenken. Was natürlich nicht bedeutet, dass es in unterschiedlichen Communitys keine Problemlagen gibt, nur die sozialen Probleme müssen angegangen werden. Das ist die beste Antirassismuspolitik, die man machen kann. Hier noch mal – und das ist das, was wir als Struktur bezeichnen –: Wir brauchen Forschung, die sich den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt, das Gesundheitssystem anguckt. Der nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor beginnt damit, aber die Studien, die wir machen – nicht nur wir, sondern auch andere Institute –, kommen immer wieder zum gleichen Ergebnis: Menschen mit türkisch klingenden Namen müssen sich zehnmal mehr bewerben, erhalten weniger Antworten, wenn sie Termine anfragen, bekommen weniger Wohnungsangebote zugesendet. Das heißt, diese Ergebnisse wiederholen und wiederholen sich, und man fragt sich manchmal, warum das eigentlich nicht genügend aufgegriffen wird.

Was können wir gegen den Vertrauensverlust machen? – Ich finde das eine sehr gute Frage. Die lässt sich gar nicht so einfach beantworten. Ich glaube, die fehlende Repräsentation der Belange von Musliminnen und Muslime, also Fragen von Rassismus und Diskriminierung, aber eben nicht nur – – Deswegen kann ich hier Herr Karahan auch nur zustimmen. Was sind eigentlich die positiven Narrative, die parteiübergreifend funktionieren? – Es gibt hier eine Gleichzeitigkeit, es ist nicht entweder oder. Es gibt nicht nur Rassismus und Diskriminierung, sondern es gibt durchaus auch sozialen Aufstieg, Menschen, die sich hier einbringen. Diese beiden Erzählungen zusammenzubringen, ist eine große Herausforderung, aber sie wird notwendig sein, um rechte politische Kräfte zurückzudrängen.

Mein letzter Punkt: Umsetzungsstand. Aus meiner Perspektive aus diesem Expert*innenrat heraus muss ich sagen: Es ist nicht genug passiert, bis es ist fast nichts passiert, und es gibt hier keine ausreichende Transparenz. Ich würde mir wünschen, auch aus diesem Expert*innenrat heraus, dass hier mehr Transparenz hergestellt wird und sich alle Abteilungen und Ressorts verantwortlich fühlen für das, was dort erarbeitet wurde. Ich glaube, das fehlt so ein bisschen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Sinanoğlu, für Ihren Beitrag und auch danke, dass Sie hier waren! – Jetzt hat Herr Karahan das Wort. – Bitte sehr!

Engin Karahan (Alhambra Gesellschaft e. V.): Herzlichen Dank! – Ich will den Ball von Herrn Dr. Sinanoğlu gleich aufgreifen, aber zuvor noch ein Punkt zum Thema Fallbearbeitung oder Fallberatung. Das ist tatsächlich auch einer meiner Vorschläge, der Fokus auf die Fallbearbeitung, wenn es darum geht, Resilienz bei den Betroffenen zu schaffen, die Betroffenen zu stärken und ein Bewusstsein innerhalb der Gruppe der Betroffenen zu schaffen. Ich meinte meine Aussage dahingehend, dass die Hemmschwelle so groß ist. Nur bei Hate Crime Anzeige zu erstatten, bedeutet nicht, dass die Leute Angst davor haben, sondern es geht eher darum, dass sie gar nicht merken, diskriminiert worden zu sein, solange sie – ganz salopp gesprochen – nicht aufs Maul bekommen. Und das ist ein Problem. Wenn selbst die Betroffenen auf dieser Ebene mit dieser Thematik umgehen, heißt das, dass wir mit unserer Antidiskriminierungsarbeit tatsächlich nicht mal bis zu den Betroffenen durchkommen und auch den Aspekt der Bildungsebene oftmals vernachlässigen.

Ich komme selbst aus der Antidiskriminierungsarbeit. Ich habe selbst zehn Jahre Fallberatung betrieben. Das sah nicht so aus, dass wir jedes Mal vor Gericht gerannt sind. Vielleicht sind gerade mal 5 Prozent der Fälle, die wir bearbeitet haben, vor Gericht gelandet. Der allergrößte Teil war tatsächlich Intervention. Und diese Intervention hat dazu geführt, dass zum einen das Problem gelöst werden konnte, dass die Institutionen umgedacht haben, sich Haltungen, Einstellungen geändert haben, und sie hat auch dazu geführt, dass im Umfeld der Betroffenen die Wahrnehmung von Diskriminierung noch mal eine ganz andere gewesen ist. Wir haben zum Beispiel bei Ausländerbehörden Fälle gehabt, wo Frauen mit Kopftuch die Ausstellungen von Aufenthaltstiteln verweigert worden sind, weil der Beamte im völligen Ermessensmissbrauch der Meinung war, mit Kopftuch geht das nicht. Wir haben davon aber erst erfahren, nachdem schon Dutzende Frauen tatsächlich Bilder ohne Kopftuch abgegeben haben, denn es brauchte diese eine Frau, die sich getraut hat und auch wusste, da gibt es eine Stelle, die sich darum kümmert, und sich gemeldet hat, um dann tatsächlich innerhalb der ganzen Community ein Bewusstsein dafür zu schaffen. Aber zum Beispiel diese eine Stelle, die ich damals gehabt habe, mittlerweile ist das zehn Jahre her, gab es nach meinem Weggang und nach dem Weggang von ein, zwei anderen Kollegen nur noch zwei Jahre. Seitdem ist innerhalb der muslimischen Community des Verbands, die diese betrieben hatte, diese Stelle seit sieben oder acht Jahren völlig unbesetzt, und das Thema ist auch unbesetzt.

Hinsichtlich der Frage gesellschaftliche Teilhabe, ist es nicht falsch, wenn wir uns bewusst machen, dass wir es bei dem Thema Muslimfeindlichkeit nicht mehr mit einem Minderheits- oder mit einem Randgruppenproblem zu tun haben. Wenn wir uns die Schulstatistik in den westlichen Bundesländern und auch in Berlin anschauen, werden wir sehen, dass der Migrantenanteil an den Schulen jahrgangsübergreifend und in allen Altersgruppen mittlerweile entweder bei 50 Prozent oder über 50 Prozent ist. Das heißt, das ist der Pool, aus dem wir in Zukunft unsere Wirtschaft besetzen werden, aus dem wir in Zukunft unsere Verwaltung, unsere Polizei, unsere Rekruten für das Militär besetzen werden und daraus werden auch unsere Akteure der Zivilgesellschaft kommen. Wie können wir diese Menschen ansprechen, wenn sie kein Interesse mehr an der Gesellschaft haben, wenn sie von Akteuren, die der Meinung sind: Ihr gehört nicht dazu –, auf beiden Seiten dazu animiert werden, sich zurückzuziehen? Dann sehe ich das Thema Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit nicht als ein Thema von Diversität oder von Pluralität an, sondern es ist eine Frage des gesellschaftlichen Weiterbestehenkönnens und des Aufrechterhaltenkönnens unserer Institutionen. Dazu müssen meiner Meinung nach, ja, auch die Gemeinden eingebunden werden. Mit denen wird ja auch gesprochen. Die Frage ist aber: Was sprechen wir mit denen? Es kann zum Beispiel nicht

sein, dass sich muslimische Gemeinden und die Verbände, einfach weil sie keine Lust mehr haben, an diesen Diskursen mitzuwirken, bei jeglicher Kritik, die an ihnen vorgebracht wird, ob das jetzt Antisemitismus ist, ob das zum Beispiel anti-Schwarzer Rassismus, der innerhalb der Community massiv da ist, immer mehr auf die Position zurückziehen: Diese Kritik an uns ist antimuslimischer Rassismus. – Das kann es zum Beispiel nicht sein. Da müssen wir auch konsequent sein. Ich bin der Meinung, die Verbände müssen dabei sein, aber sie müssen auch ihrer Verantwortung gerecht werden. Und das heißt dann, dass sie sich, wenn man mit ihnen zusammensitzt, der Kritik aussetzen und sich auch der Kritik aus der muslimischen Community entgegensetzen müssen. Da bin ich der Meinung, dass die Religionspolitik aktuell versagt, und Religionspolitik ist eine Angelegenheit der Länder. Der Bund macht das zwar sehr viel und ist auch sehr sichtbar – auch jetzt gerade mit den neuen Vertragsabschlüssen mit der türkischen Religionsbehörde und der marokkanischen Behörde, die sehr glatt abgelaufen sind, ohne jegliche Kritik und jegliche Problematiken, was die Auslandseinflüsse usw. angeht –, aber es kann nicht sein, dass sich die Religionspolitik auf eine Position zurückzieht und sagt: Es reicht uns, wenn ihr nicht auffällig werdet und ihr, sobald es irgendwelche Probleme gibt, den Beitrag löscht und vielleicht den einen oder anderen Funktionär zurückzieht, aber sonst braucht ihr bitte keine Diskussion zu führen. – Diese Themen sind Diskurse, die wir alle gemeinsam führen müssen.

Zum Datum wollte ich mich eigentlich gar nicht äußern, weil ich grundsätzlich mit solchen Tagen so mein Problem habe, aber ich war selbst 20 Jahre in der Verbandsarbeit tätig, zehn davon ehrenamtlich, zehn davon hauptamtlich. Sowohl in der ehrenamtlichen Arbeit als auch in der hauptamtlichen Arbeit hatten wir eine ungeschriebene Regel, die besagte, zwischen Juni bis Ende August gibt es keine Veranstaltung, weil jedem von uns bewusst gewesen ist, zu diesen Veranstaltungen kommt niemand, weil alle in den Urlaub fahren, alle sind weg. Ich bin der Meinung, dass der 1. Juli, so gut er gemeint und so richtig auch die Sinnstiftung dahinter ist, ein wichtiger Termin ist. Ich gehörte auch damals, als Marwa El-Sherbini in diesem Gerichtssaal ermordet worden ist, zu den wenigen Akteuren, die überhaupt von Anfang an darauf aufmerksam geworden sind. Ich kann mir wahrscheinlich mit auf die Fahne schreiben, dass ich dazu beigetragen habe, dass dieser Fall überhaupt diese Publizität erreicht hat. Auf der einen Seite ist dieser Aspekt, auf der anderen Seite sehe ich aber, wie in der Community selbst das Thema Marwa El-Sherbini stiefmütterlich behandelt wird, wahrscheinlich auch, weil es einfach der falsche Termin ist. Wenn die Leute im Urlaub sind, dann kommen sie nicht zu diesen Veranstaltungen. Ich kann tatsächlich nur dazu raten – das ist etwas, was wir wahrscheinlich auch innerhalb der Fachcommunity besprechen müssen –, wenn wir die Basis mitnehmen wollen, dann müssen wir Termine suchen, zu denen die Basis kommen kann. Das ist genauso, wie wenn man die Deutsche Islamkonferenz auf den ersten Ramadanfeiertag legt. Da werden die muslimischen Teilnehmer nicht kommen, die haben etwas anderes zu tun. Deswegen habe ich ein Problem, wenn wichtige Tage, die mit einem Programm und mit Inhalt usw., gerade auch an der muslimischen Community und an der muslimischen Basis, begangen werden müssen, auf ein Datum gelegt werden, an dem die meisten, weil sie im Urlaub oder in der Urlaubsvorbereitung sind, nicht kommen werden können. Diesen Aspekt sollte man vielleicht berücksichtigt. Wie gesagt, mir ist es tatsächlich relativ egal, an welchem Datum er liegt, aber aus der Verbandsarbeit weiß ich noch, diese zwei Monate sind tabu, weil da bekommt man niemanden zu den Veranstaltungen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen herzlichen Dank Herr Karahan, für Ihre Ausführungen! – Jetzt hat Frau Hanano noch mal das Wort. – Bitte sehr!

Rima Hanano (CLAIM gGmbH): Da muss ich leider Herrn Karahan widersprechen. Es liegt vielleicht ein bisschen daran, wer auf wen zugeht. Wir machen da ganz andere Erfahrungen, muss ich ehrlicherweise sagen. Wir haben ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis, was sich zum 1. Juli engagiert. Dazu kann ich auch gern noch mal mehr Informationen zukommen lassen. Es wundert mich tatsächlich schon so ein bisschen, aus welcher Perspektive, auf welcher Grundlage welcher Expertise diese Aussage getroffen wird. Grundsätzlich: Ich möchte mich eigentlich gar nicht über Gedenktage streiten und bin da ganz bei Ihnen, wenn wir sagen, jeder Gedenktag, jeder Tag sollte ein Tag gegen antimuslimischen Rassismus, gegen Antisemitismus, gegen jede Form der Menschenfeindlichkeit sein, jedoch der Satz: Wir sollten uns nicht an Begrifflichkeiten festhalten – stößt bei mir dennoch auf Verwunderung, denn ich stelle fest, dass wir uns sehr wohl an Begrifflichkeiten festhalten. Wenn es um Berichte, Kommissionen, Personen geht, die benannt werden, wird sehr wohl auf Begrifflichkeiten geachtet. Es gibt einen großen Widerstand, trotz empirischer Evidenz, dieses Problem als antimuslimischen Rassismus, als Rassismus zu benennen, und hinter den Begriffen in den Diskursen, auf der Straße, teilweise auch in gesellschaftlichen Diskursen werden die Begrifflichkeiten synonym verwendet. Das ist mir sehr wohl klar, und Sie sind bei mir genau in der richtigen Adresse. Ich möchte mich auch nicht länger über Begrifflichkeiten streiten, aber hinter diesen Begrifflichkeiten stehen einfach unterschiedliche Konzepte. Islam- und Muslimfeindlichkeit ist ein vorurteilsbasiertes Konzept, antimuslimischer Rassismus greift Vorurteile und Strukturen mit auf. Und wenn wir ein Problem adressieren wollen, dann müssen wir es auch beim Namen nennen. Und es geht halt eben um Rassismus. Wir wollen nicht nur auf einen kleinen Miniteil schauen, und wenn wir die Leute ernst nehmen, dann müssen wir das in der Gänze betrachten und dann müssen wir es auch so benennen, weil wir ganz häufig in der Praxis erfahren, dass antimuslimischer Rassismus nicht erkannt wird. Und das liegt auch daran, weil es nicht richtig benannt wird, weil das Konzept nicht richtig verstanden wird, weil es keine Fortbildung gibt, keine Handreichung et cetera pp. Am Ende sind wir in einem politischen Raum, und mit Begriffen und Konzepten wird eben auch Politik gemacht. Da werden Sie mir sehr wohl zustimmen müssen. Deswegen ist es nicht irrelevant, wie wir ein Konzept benennen. Es kann gut gemeint sein, aber dennoch müssen wir das richtig benennen.

Ich muss leider auch noch mal darauf hinweisen, dass wir am 15. März den International Day to Combat Islamophobia begehen und erinnern. Und Islamophobia ist ein Konzept, das von einer NGO benannt, definiert wurde und seit 2017 auch als eine spezifische Form von Rassismus verstanden wird. Das heißt, selbst die Übersetzung in Islamfeindlichkeit, wäre in dem Sinne falsch. Es kann gut gemeint sein, aber das hat einfach keinen Effekt. Deswegen noch mal – – Am Ende müsste man den Tag dann eigentlich European Day against anti-Muslim racism nennen oder eben Internationaler Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Also: Konzepte, Begriffe machen Politik.

Zur Frage von Herrn Özdemir zur Zusammenarbeit mit den Registerstellen: Ja, wir haben eine Zusammenarbeit mit den Registerstellen und auch einen Falldatenaustausch. Um bei dem Thema Monitoring weiterzukommen und es weiterzubringen ist das notwendig, weil es auch um Frühwarnsysteme geht. Es geht darum, Trends und Dynamiken aufzuzeigen und eine Basis für Intervention und Prävention zu schaffen. Hierfür ist eine Finanzierung und eine Qualifizierung notwendig, um antimuslimischen Rassismus zu erkennen. Die Zivilgesellschaft muss auch eine Finanzierung haben, Monitoring ist eine Zusatzarbeit in der Arbeit, die qualifiziert werden muss. Wir sehen häufig, dass das auch in der Zivilgesellschaft nicht erkannt wird. Wir reden aber hier auch von Sicherheitsbehörden. Auch hier braucht es eine Qualifizie-

rung und eine Fortbildung. Wir brauchen auch hier ein einheitliches Verständnis. Auch hier gibt es kein einheitliches Verständnis. Beispielsweise hat auch die Experten*innenkommission einen Kriterienkatalog empfohlen und noch weitere, auch verpflichtende, Fortbildungen empfohlen. Das sind alles Maßnahmen, die diese Erfassung verbessern würden. Auch eine bessere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wäre notwendig, um die Erfassung von Sicherheitsbehörden zu verbessern.

Hellfeld bzw. Dunkelfeld: Eine Dunkelfeldstudie würden wir sehr begrüßen. Wir wissen, dass Fälle bei der Polizei sehr häufig nicht angezeigt werden. Wir wissen, dass nur 4 Prozent der betroffenen Menschen, der Musliminnen und Muslimen, die Diskriminierung erfahren, diese anzeigen oder melden. Deswegen wäre eine Dunkelfeldstudie in jedem Fall hilfreich, um noch mal besser zu verstehen, wie wir Menschen besser schützen und Maßnahmen ansetzen können.

Wie sollen wir den Menschen begegnen, die antimuslimischen Rassismus erleben? – Dazu wurde auch schon einiges gesagt. Die Betroffenheit der Menschen findet einfach in den Diskursen nicht statt. Das einzige, was Menschen in Debatten und Diskursen erleben, ist, dass sie kriminalisiert und zu Täterinnen und Tätern gemacht werden. Sie werden zum Sicherheitsproblem gemacht. Das ist tatsächlich der Diskurs, den Menschen wahrnehmen. Das nehmen übrigens auch schon Kinder in der Schule wahr. Ich finde es wirklich verheerend, an Kinder dieses Signal zu senden, dass sie nicht Teil dieser Gesellschaft sind, dass sie, egal, wie sehr sie sich anstrengen dazuzugehören, nicht Teil sein dürfen. Das macht etwas mit Kindern schon im Grundschulalter. Das ist wirklich – – Mein Sohn ist sehr klein, der bekommt das mit. Das dürfen wir nicht zulassen. Deswegen: Anerkennung, Solidarisierung, Anerkennung dieses Problems. In Debatten, in Diskursen dürfen wir nicht zulassen, dass Debatten immer weiter nach rechts driften. Wir müssen antimuslimischen Rassismus entlarven und ihn auch so benennen. Am Ende ist natürlich das politische Handeln maßgeblich. Es reicht nicht allein, das in Debatten und Diskursen zu entlarven, aber das wäre auf jeden Fall ein zentraler Anfang. Wir müssen, weil Angriffe und Übergriffe nicht im luftleeren Raum geschehen – auch das haben wir in unserer Dokumentation sehen müssen –, weil einfach in der Agitation von Täterinnen und Tätern immer wieder Debatten und Diskurse aufgegriffen werden.

Zum Umsetzungsdefizit: Wenn wir endlich dieses Umsetzungsdefizit in den Griff bekommen würden! Wir haben so viele Empfehlungen, es gibt ganze Handreichungen, Maßnahmen, seit jeher, um antimuslimischen Rassismus zu adressieren. Hier müssen wir jetzt ran.

Zu den Mindeststandards für die Ansprechpersonen, um diese Ansprechpersonen auch handlungsfähig zu machen. Herr Sinanoğlu hat dazu schon etwas gesagt. Dazu bräuchte sie Ressourcen. Aber sie braucht vor allem auch die Unterstützung der unterschiedlichen Senatsverwaltungen, weil antimuslimischer Rassismus ein Querschnittsphänomen und -problem ist. Es reicht nicht, wenn hier eine Senatsverwaltung hinter dieser Person steht. Es braucht hier wirklich eine Mitarbeit aus Sicherheit, Bildung et cetera pp – das sollte auch im Interesse dieser Senatsverwaltung sein – und natürlich auch die fraktionsübergreifende Unterstützung.

Wir haben gerade über Delegitimierung gesprochen – ich komme zu meinem letzten Punkt –: Auch da wünsche ich mir eine politische Rückendeckung für zivilgesellschaftliche Arbeit. Ich will einfach noch mal sagen: Solche Delegitimierungsversuche und Angriffe auf eine demokratische Zivilgesellschaft bedeuten auch ein Sicherheitsproblem für mein Team, für meine

Kolleginnen und Kollegen, die für mich persönlich – – Das geht tatsächlich nicht so an uns vorbei. Wir sind sehr dankbar für eine finanzielle Förderung unserer Arbeit, aber es braucht auch den politischen Rückhalt. Der ist enorm wichtig, denn diese Arbeit, die wir machen, ist eine Demokratiearbeit. – Damit bin ich fertig.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank an alle Anzuhörenden! – Jetzt hat noch mal das Wort die Senatsseite und die Staatssekretärin Frau Klapp. – Bitte sehr!

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA): Ich mache es auch mit Blick auf die Zeit angemessen kurz, möchte aber trotzdem gern noch zwei, drei Aspekte aufgreifen. Allem voran den herzlichen Dank an die geschätzten Abgeordneten, die jeweils durch ihre Wortbeiträge aus ihrer Perspektive erhebliches Engagement zeigen, gleichzeitig aber vor allem der große Dank an die Anzuhörenden und – das darf man an dieser Stelle wirklich nicht vergessen – an die muslimischen, die unterstützenden NGOs, die hier in Berlin Musliminnen und Muslime unterstützen. Wir können aus unserer Perspektive der Senatsverwaltung sagen, dass wir sehr gut zusammenarbeiten und die Wertschätzung hier kundgetan werden muss. Ich möchte gern noch mal auf die Handlungsempfehlungen zurückgreifen, die heute auch schon von Herrn Landero angesprochen worden sind, die vorliegen, und gleichzeitig die Frage, die von Herrn Walter angesprochen wurde, ein bisschen aufklären, nämlich nach den strukturellen Herausforderungen, mit denen wir alle und vor allem auch NGOs zu tun haben. Dort zeigen sich nämlich – und hier ist ein grüner Kasten – auch Vorbehalte gegenüber muslimischen Organisationen, zum Beispiel bei der Anbahnung von Mietverhältnissen für Veranstaltungen.

Das heißt, natürlich ist hier zutage getreten – und das ist auch gut so –, dass die Betroffenenperspektive in Form von vielen Beratungen und Hilfemaßnahmen unterstützt wird, vor allem auch über Handlungsempfehlungen, die die Expert*innenkommission zusammengestellt hat. Das allein reicht aber nicht aus. Und Herr Walter, wenn Sie fragen: Was passiert damit? Was macht jetzt die neue? –, greife ich noch mal das auf, was Herr Landero heute eingangs gesagt hat, dass die zweite Expert*innenkommission genau das zur Grundlage nimmt, um den von Ihnen und auch von den Anzuhörenden geforderten strukturellen Ansatz zu verwirklichen. Das heißt also, gemeinsam mit den Senatsverwaltungen diese Empfehlungen aufzugreifen und dann – ich vergleiche das mit dem Prozess zum Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, ich fühle mich vor allem auch daran erinnert, weil die Abgeordnete Eralp hier die Frage nach den verpflichtenden Justizangelegenheiten aufgemacht hat – in Form von Fortbildungen, die in anderen Bundesländern schon umgesetzt werden, eine Berücksichtigung und Einbeziehung auch von der zuständigen Senatsverwaltung für Justiz natürlich stattfinden muss und und und. Deswegen würden wir sehr gern Ihre drei Fragen noch mal mitnehmen, um sie schriftlich zu beantworten. Das bedeutet nämlich auch, dass wir in den Verwaltungen noch mal nachfragen. Eines ist heute, hoffe ich, hier zum Ausdruck gekommen, dass die zuständige Verwaltung – die geschätzten Kolleginnen sitzen an meiner Seite – gemeinsam sehr intensiv daran arbeiten und Weiteres folgen wird, was den Prozess angeht.

Mir bleibt zu sagen, auch an Sie, Frau Abgeordnete Bozkurt, dass die Fragen, die nicht beantwortet worden sind, auf schriftlichem Wege beantwortet werden. Noch mal der herzliche Dank an alle. Das ist wirklich ein sehr wichtiges Thema, und wir sind froh, dass das heute in der Breite diskutiert worden ist.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dem Dank der Staatssekretärin, denke ich, können wir uns alle hier anschließen. Ich denke auch, dass diese Diskussion sehr gut war. Jetzt müssen wir diese Diskussion mit den Anträgen, die vorliegen, noch zu einem gewissen Abschluss bringen, indem wir ein Ergebnis mit den Anträgen produzieren. Ich würde gern, wenn Sie erlauben, jetzt in die Abstimmung einsteigen und bitte Sie um Konzentration.

Zu Punkt3 a schlage ich vor, dass wir den Punkt, entsprechend der Praxis, wie wir sie in diesem Ausschuss hier ausüben, vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Da sehe ich zustimmendes Nicken. Dann haben wir darüber Einvernehmen erzielt.

Dann bin ich jetzt bei Punkt 3 b. Das ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1796. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen CDU und SPD und auch die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltung. Dann ist das mit der Mehrheit abgelehnt worden. Da bräuchten wir aber noch ein geändertes Berichtsdatum. Dazu hat mir keiner etwas gesagt, aber abgelehnt ist abgelehnt. Da spielt das, glaube ich, keine Rolle mehr.

Dann zu Punkt 3 c: Das ist ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, Drucksache 19/1797. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer ist dagegen? – Das ist die Koalition und die AfD. Wer enthält sich? – Es sind keine Enthaltungen

vorhanden. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien zugeleitet.

Jetzt kommen wir zu Punkt 3 d. Da hat die antragsstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt, dass die Fraktion Die Linke diesen Änderungsantrag mitbeantragt. Wer dem Änderungsantrag zum Koalitionsantrag seine Zustimmung geben möchte, bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Dann ist der Änderungsantrag durch die Mehrheit abgelehnt worden. – Jetzt komme ich zum ursprünglichen Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2438. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Koalition. Wer widerspricht dem oder sagt Nein? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Dann ist der Antrag mit der Mehrheit der Koalition angenommen worden und eine entsprechende Entschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Dann danke ich noch mal sehr herzlich den Anzuhörenden auch für die Geduld, die Sie hier mit uns hatten, für die Zeit, die sie sich genommen haben, und die vielen Informationen und Statements, die Sie hier gefasst haben! Ich danke natürlich auch den anderen beiden Anzuhörenden, die leider schon die Sitzung verlassen mussten, aber danke noch mal für Ihre Geduld! Dann schließe ich diesen Tagesordnungspunkt. Frohes Schaffen und viel Erfolg bei dem, was Sie noch an diesem Tag so vorhaben!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Berufsbezogener Spracherwerb – Stand und Maßnahmen** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0217 IntGleich

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1953 **Berliner Rahmenlehrpläne zeitgemäß und diskriminierungskritisch gestalten**	0166 IntGleich BildJugFam(f)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.